

Herausgegeben von
György Széll und Carmen Schmidt

ISSN 1437-5117

- 17 -

Lokale Bürgernetzwerke in Japan

*Möglichkeiten und Perspektiven einer
bürgernahen „neuen Politik“*

von
Carmen Schmidt

Zur Autorin:

Carmen SCHMIDT

ist Privatdozentin und stellvertretende Leiterin der Forschungsstelle Japan am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück.

Forschungsschwerpunkte:

Politik und Gesellschaft des modernen Japan, Vergleichende Politikwissenschaft, Eliteforschung

Wichtigste Veröffentlichungen:

Sozialstruktur und politisches System in Japan: Gesellschaftliche Konfliktlinien, politische Repräsentation und die Formierung der Wählerschaft. Marburg: Tectum, 2001.

Kleines kommentiertes Wörterbuch zur Politik in Japan. Marburg: Tectum, 2003.

Japans Zirkel der Macht: Legitimation und Integration einer nationalen Elite. Marburg: Tectum, 2005.

Kontakt:

Universität Osnabrück, Fachbereich Sozialwissenschaften, Forschungsstelle Japan, Seminarstraße 33, 49069 Osnabrück; email: carmschm@uni-osnabrueck.de

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	5
2.	Gesamtsystemische Determinanten kommunaler Selbstverwaltung in Japan	6
2.1	Administrative Gliederung und Wahlrecht.....	6
2.2	Die Kompetenzen der Gebietskörperschaften.....	8
3.	Die nationale und lokale politische Kultur	9
3.1	Parteien, Wahlsystem und politische Partizipation auf nationaler Ebene.....	9
3.1.1	<i>Parteienentwicklung auf nationaler Ebene</i>	9
3.1.2	<i>Die Auswirkungen des Wahlsystems auf die nationale politische Kultur</i>	12
3.1.3	<i>Politische Partizipation auf nationaler Ebene</i>	14
3.2	Parteien, Wahlsystem und politische Partizipation auf lokaler Ebene.....	16
3.2.1	<i>Parteienentwicklung auf lokaler Ebene</i>	16
3.2.2	<i>Wahlsystem und politische Kultur auf lokaler Ebene</i>	17
3.2.3	<i>Politische Partizipation auf lokaler Ebene</i>	19
4.	Die Bürgernetzwerke	20
4.1	Geschichtliche Entwicklung.....	20
4.2	Ziele und Grundsätze.....	23
4.3	Die Basis der Unterstützung.....	25
4.4	Die Profile der Kandidaten.....	26
4.5	Die Rolle der Netzwerke.....	27
5	Fazit: Möglichkeiten und Perspektiven einer bürgernahen „neuen Politik“	29
6	Anhang	35

1. Einleitung

Wie vergleichbare westliche demokratische Gesellschaften sieht sich auch die japanische angesichts einer anhaltenden ökonomischen Krise, einem damit einhergehenden Abbau an sozialen Leistungen und einer Zunahme an sozialer Ungleichheit seit mehreren Dekaden mit den Problemen eines fortschreitenden Vertrauensverlustes großer Teile der Bevölkerung in das politische System und einer abnehmenden Bereitschaft zu politischer Partizipation konfrontiert.

Bei Wahlen auf kommunaler Ebene ist hingegen seit den späten achtziger Jahren eine auffallende Tendenz zum zunehmenden Engagement und der erfolgreichen Kandidatur von Personen erkennbar, die keiner der großen bzw. etablierten Parteien angehören und für Netzwerk-Organisationen antreten, welche insbesondere von den Verbraucherkooperativen (*Seikyô*), Bürgergruppen und NGOs getragen werden. Auffallend ist hierbei vor allem der im Vergleich zu anderen Parteien sehr hohe Anteil an weiblichen Kandidaten.

Die Analyse dieser neuen lokalen Netzwerke soll die Frage klären, ob die Aufstellung von netzwerkgestützten Kandidaten auf einen Demokratisierungsschub auf kommunaler Ebene schließen läßt, welcher der anhaltenden Legitimitätskrise des politischen Systems entgegenwirken und erstmals die Bürger – und ganz besonders die Bürgerinnen – zu maßgeblichen Akteuren der Kommunalpolitik macht.¹

Eingangs sollen daher die grundsätzlichen Beziehungen zwischen dem japanischen Staat und der subnationalen Ebene dargestellt werden, wie sie in der nationalen Verfassung geregelt und in diesbezüglichen Gesetzen spezifiziert sind. Anschließend wird die nationale politische Kultur analysiert, da nationale Politikkonstellationen und veränderte Formen der politischen Partizipation auch auf der lokalen Ebene ihren Niederschlag finden, und sodann die lokale politische Kultur untersucht werden. Im Anschluß sollen die neuen Netzwerke behandelt werden, wobei vor allem deren Entwicklung, Ziele und Grundsätze, ihre Wählerbasis, das politische Personal sowie ihre Rolle und Aufgaben im Mittelpunkt stehen sollen.

¹ Der vorliegende Beitrag beruht auf meiner Antrittsvorlesung, gehalten am 1. Juni 2005 am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück.

2. Gesamtsystemische Determinanten kommunaler Selbstverwaltung in Japan

2.1 Administrative Gliederung und Wahlrecht

Die subnationale Ebene in Japan ist zweistufig aufgebaut und gliedert sich in die Ebenen von Präfekturen und Kommunen. Sowohl Präfekturen als auch Kommunen sind als Gebietskörperschaften (*jichitai*) mit lokalen Selbstverwaltungsrechten ausgestattete Rechtspersönlichkeiten (vgl. Schaubild 1).

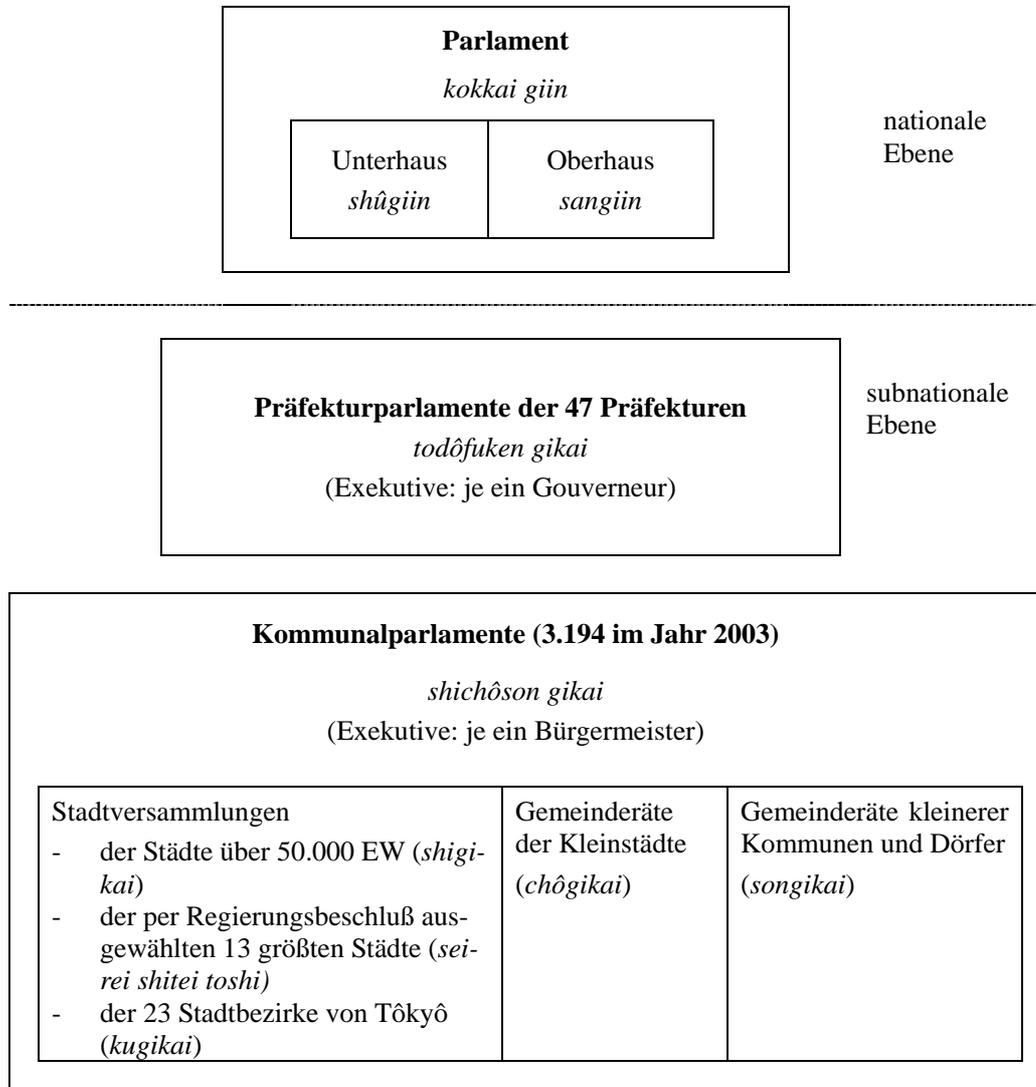
Die 47 Präfekturen (*ken*)² bilden die größten administrativen Untereinheiten nach der nationalen Ebene mit begrenzter regionaler Autonomie. Sie haben eigene, direkt gewählte Parlamente, an deren Spitze ein ebenfalls in direkter Wahl gewählter Gouverneur steht. Die Präfekturen haben keine eigene parlamentarische Vertretung, wie es der deutsche Bundesrat darstellt, sondern sind weitgehend weisungsgebunden an die Regierung in Tōkyō. Unterhalb dieser größten Gebietskörperschaften gibt es die Verwaltungseinheiten der Städte, Kleinstädte und Dörfer mit direkt gewählten Parlamenten, denen ein direkt gewählter Bürgermeister vorsteht. Insgesamt bestanden im Jahr 2003 etwa 3200 Kommunen in Japan.

Die Klassifizierung findet nach bevölkerungsstatistischen Kriterien statt. Als „Städte“ werden jene Kommunen klassifiziert, deren Einwohnerschaft 50.000 und mehr beträgt (Abe u. a. 1994: 63). Daneben bestehen die per Regierungsbeschluß ausgewählten Städte, welche grundsätzlich die nach Tōkyō größten Städte des Landes sind, die sich in Verwaltungsbezirke (*gyōseiku*) mit eigenen Verwaltungskompetenzen gliedern.³ Bei den Wahlen zu den Stadtparlamenten und den Bürgermeisterwahlen fungieren sie als Wahlkreise mit besonderen Rechten, wie z.B. auf eine im Vergleich zu anderen Städten längere Wahlkampfzeit. Daneben verfügen die 23 Stadtbezirke von Tōkyō über eigene Bezirksversammlungen (*kugikai*) und Bürgermeister (*kuchō*), die rechtlich denen der übrigen Städte gleichstehen.

² Bis auf vier Ausnahmen (Tōkyō (*to*), Hokkaidō (*dō*) und Ōsaka und Kyōto (*fu*)) wird für alle administrativen Untereinheiten der Ausdruck *ken* gebraucht.

³ Gemäß Art. 252, Absatz 19 des Gesetzes zur lokalen Selbstverwaltung der Gebietskörperschaften (*Chihō jichi hō*) waren dies im Jahre 2004 die 13 Städte Ōsaka, Nagoya, Kyōto, Yokohama, Kōbe, Kitakyūshū, Sapporo, Kawasaki, Fukuoka, Hiroshima, Sendai und Chiba und Saitama.

SCHAUBILD 1: ÜBERBLICK ÜBER DIE POLITISCH-ADMINISTRATIVE GLIEDERUNG IN JAPAN



Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Gemäß Art. 93 des Gesetzes zur lokalen Selbstverwaltung der Gebietskörperschaften finden die Präfektur- und Kommunalwahlen zumeist landesweit und zeitgleich alle 4 Jahre statt. Die Möglichkeit zur Auflösung eines Parlamentes vor Ablauf der vierjährigen Amtszeit führt allerdings zu Ausnahmen von der Regel (Art. 76 und 78). Das aktive Wahlrecht zu den Gremien der Gebietskörperschaften genießen alle japanischen Bürger,

die das 20. Lebensjahr vollendet haben (Art. 18); das passive Wahlrecht für die Präfektural- und Kommunalversammlungen sowie ein Bürgermeisteramt steht allen Personen nach Vollendung des 25. Lebensjahres zu, jenes für ein Gouverneursamt allen Personen nach Vollendung des 30. Lebensjahres (Art. 19). Insgesamt liegt das Wahlalter auf der subnationalen Ebene damit im internationalen Vergleich relativ hoch.⁴ Kommunalpolitiker in Japan sind festbesoldete sogenannte „besondere“ Beamte des Staates und üben ihre Tätigkeit hauptberuflich aus (Lokales Beamtengesetz (*Chihô kômuin hô*) Art. 3).

2.2 Die Kompetenzen der Gebietskörperschaften

Die Dominanz des Zentralstaates in der japanischen Innenpolitik kann als politikwissenschaftliches „Alltagswissen“ bezeichnet werden. Zwar garantiert die Japanische Verfassung in Abschnitt 8 die Dezentralisierung und lokale Selbstverwaltung der Gebietskörperschaften, und gemäß Artikel 94 ist ihnen das Recht gegeben, „... über ihr Vermögen, ihre Angelegenheiten und ihre Verwaltung zu bestimmen und im Rahmen der Gesetze ihre eigenen Vorschriften (*jôrei*) zu erlassen.“⁵ Zentralstaatliche Zuständigkeiten wurden zwar auf die untergeordneten Ebenen verlagert, doch erfolgte keine Ausgliederung aus der Verwaltungshierarchie, womit ein hohes Maß an zentralstaatlicher Kontrolle einherging. So unterlagen die Gouverneure und Bürgermeister dem staatlichen Weisungsprinzip (*kikan i'nin jimû*), und gegen Ende der 1970er Jahre ruhten 70-80% der Aktivitäten der präfekturalen und kommunalen Exekutiven auf staatlichen Anweisungen (Stockwin 2003: 152). Zudem waren die Kommunen nicht in der Lage, ihren eigenen Finanzbedarf zu decken, weshalb der Zentralstaat i. d. R. Darlehen und Zuschüsse gewährte, auf diese Weise Einfluß auf die Verwaltung der Gebietskörperschaften nahm und sie zu kontrollieren vermochte.

Im Jahre 1999 verabschiedete das Kabinett schließlich eine Dezentralisierungsreform, die im Jahre 2000 in Kraft gesetzt wurde. Festgeschrieben ist nunmehr ein gleichberechtigtes, kooperatives Verhältnis (*taitô kyôryoku*) zwischen Zentralstaat und Gebietskörperschaften an Stelle des bisherigen einseitigen Abhängigkeitsverhältnisses

⁴ So liegt das aktive Wahlrecht in der Bundesrepublik auf kommunaler Ebene zwischen 16 und 18 Jahren. Vgl. Holtmann 2002: 416, Tab.1.

⁵ Zitiert nach: The International Society for Educational Information, Hg.: *Die Japanische Verfassung*.

(*jôge shujû*), wobei das staatliche Weisungsprinzip aufgehoben und den Gebietskörperschaften Autonomie in Selbstverwaltungsaufgaben zugestanden wurde. Seither obliegt es den Gebietskörperschaften, Verwaltungsaufgaben in bürgernahen Bereichen soweit als möglich selbst zu übernehmen, während der Zentralstaat diese nur noch in Bereichen von nationalem Interesse wahrnimmt (Asahi shinbun sha 2000: 198, Matsushita 2002: 12).

Die Umsetzung einer Dezentralisierungsreform durch die japanische Zentralregierung dürfte in erster Linie auf den Reformdruck zurückzuführen sein, der erzeugt wird durch die hohe Staatsverschuldung, die Herausforderung der sozialen Sicherungssysteme durch Prozesse der Überalterung sowie die Notwendigkeit, die Governance-Strukturen an die beschleunigte ökonomische und politische Globalisierung anzupassen (Hirashima 2005: 7ff.).

Es erfolgte jedoch keine Reform der lokalen Finanzen, weshalb die neuen Zuständigkeiten der Gebietskörperschaften selbige vor eklatante finanzielle Probleme stellen. Die Kommunen sollen nunmehr 60% der administrativen Aufgaben des Staates übernehmen, wohingegen ihre Steuereinnahmen lediglich 40% der Gesamtsteuereinnahmen betragen. Somit kann der japanische Staat die Kommunen auch weiterhin durch die Vergabe von Subventionen kontrollieren. Wenngleich die Reform Möglichkeiten zu einer „neuen Kommunalpolitik“ eröffnet, wird sie daher von vielen Kritikern auch als „unvollendete Dezentralisierung“ (Nishio 1999) bezeichnet. Die grundlegende Reform der Beziehungen zwischen Staat und Kommunen eröffnet also Perspektiven für neue Politikformen unter aktiver Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger, angesichts der knappen finanziellen Mittel der Gebietskörperschaften allerdings nur in einem eng begrenzten Rahmen.

3. Die nationale und lokale politische Kultur

3.1 Parteien, Wahlsystem und politische Partizipation auf nationaler Ebene

3.1.1 Parteienentwicklung auf nationaler Ebene

Japan wird seit der Formierung des Parteiensystems im Jahre 1955 – abgesehen von einem kurzen Zwischenspiel zu Anfang der 1990er Jahre – von der konservativen Liberal-Demokratischen Partei (LDP, *Jiyû minshu tō*) regiert. Die größte Oppositionspartei war bis 1993 die linksgerichtete Sozialistische Partei Japans (SPJ), heute

Sozialdemokratische Partei Japans (SDPJ, *Nihon shakai minshu tō*).⁶ Seit den Umstrukturierungen im japanischen Parteiensystem zu Anfang der 90er Jahre sank die SDPJ jedoch in die Bedeutungslosigkeit ab; die Rolle der größten Oppositionspartei kommt mittlerweile der im Jahre 1996 aus verschiedenen Abspaltungen des rechten und linken Lagers gegründeten Demokratischen Partei Japans (DPJ, *Nihon minshu tō*) zu.

Hinsichtlich der Wählerbindungen waren in den 50er und 60er Jahren vor allem zwei längerfristige politische Hauptkonfliktlinien relevant: (1) Eine ökonomische, die auf dem Konflikt zwischen Kapital und Arbeit beruhte, und (2) eine kulturelle, die entlang einem *value-cleavage* von „modern“ versus „traditionell“ verlief. Nach 1945 formierten sich die Linksparteien SPJ und KPJ (*Nihon kyōsan tō*) als Vertretung der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer und der überdurchschnittlich gebildeten, städtischen Nachkriegsgeneration, während sich die LDP – spiegelbildlich hierzu – als Interessenvertretung der alten Mittelschicht und der ländlichen, schlechter gebildeten und nicht gewerkschaftlich organisierten Kriegs- und Vorkriegsgeneration organisierte (Schmidt 2001: Kap. 4.2).

Die Polarisierung der beiden politischen Lager verminderte sich im Zuge des raschen ökonomischen Wachstums der 60er Jahre. Eine Folge dieser ökonomischen Entwicklung war eine Zunahme der Bevölkerung in den städtischen Metropolen und ein damit einhergehender sozialer und berufsstruktureller Wandel, der zu einer Abnahme der traditionellen konservativen Wählerschicht führte – insbesondere der Bauern – und im Zusammenhang damit zu stetigen Stimmenverlusten der LDP. Im Gegensatz hierzu nahm die Gruppe derjenigen Erwerbstätigen zu, innerhalb derer die politische Linke traditionell ihre größte Unterstützung fand. Die SPJ konnte hieraus jedoch keinen Nutzen ziehen, da sie sich weiter ausschließlich auf die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten stützte, deren Zahl stetig abnahm.⁷ Diese Prozesse begünstigten eine

⁶ 1986 ersetzte die Partei ihr marxistisch geprägtes Programm durch eine sozialdemokratische Programmatik und benannte sich in ihren englischsprachigen Veröffentlichungen um in *Social Democratic Party of Japan*; 1996 vollzog sie diesen Schritt auch in japanischer Sprache.

⁷ Dieser hatte im Jahr 1949 mit annähernd 56% seinen Höchststand erreicht und sank danach bis auf 25% im Jahr 1990. Vgl. Seifert 1997: 57ff. Kawanishi (1989: 33ff.) führt den Rückgang der Organisierten Zahlen in erster Linie auf die zweistelligen Lohnerhöhungen während der Phase des hohen Wirtschaftswachstums zurück. Er argumentiert, daß sich unter der Arbeiterschaft, und insbesondere auch unter den Jüngeren, die Einstellung verbreitete, daß auch ohne die Gewerkschaften Lohnerhöhungen möglich seien. Zudem führt er die rückläufigen Organisierten Zahlen auf den Rückgang des Anteils an regulär Beschäftigten in den Schlüsselindustrien (wie im Kohlebergbau) zurück, die einen großen Teil der Gewerkschaftsmitglieder stellten.

Pluralisierung des Parteiensystems, die sich in der Entstehung von DSP (Demokratisch-Sozialistische Partei; *Minshu shakai tō*) und *Kōmeitō* (Partei für saubere Politik) als neuen Parteien der Mitte niederschlug. Die Abnahme der Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer führte zwar auch für die KPJ zur Abnahme ihrer Kernwählerschaft, doch konnte die KPJ, ebenso wie die damals neugegründete *Kōmeitō*, in dieser Zeit in größerem Maße als LDP und SPJ neue Unterstützergruppen erschließen, insbesondere unter der Stadtbevölkerung.

Der allgemeine Anstieg des Lebensstandards in der Dekade von 1970 bis 1980 führte zu einer Erosion der allgemeinen Wahrnehmung der Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit, wie auch die kulturelle Konfliktlinie durch den Generationenwechsel eine Abschwächung erfuhr; mit beiden Prozessen ging eine Lockerung von Parteibindungen (*dealignment*) einher.

Von diesem *dealignment* war jedoch nur die linke Opposition betroffen. In den 60er Jahren setzte sich die Nichtunterstützerschicht politischer Parteien (*seitō shiji nashi sō*) überwiegend aus den älteren, schlechter gebildeten, in Landwirtschaft, Forsten und Fischerei Beschäftigten sowie den Selbständigen zusammen. Im Gegensatz hierzu besteht diese Gruppe den 80er und 90er Jahren überwiegend aus den jüngeren, besser gebildeten, abhängig Beschäftigten in den Großstädten, also aus jenen Wahlberechtigten, aus denen die Linksparteien zuvor ihre Unterstützerschaft rekrutierten (Schmidt 2001: 194f).

Diese *dealignment*-Prozesse führten zu einer entscheidenden Schwächung der politischen Linken und zur Bedeutungslosigkeit der ehemals größten Oppositionspartei SDPJ; damit einher ging eine Instabilität des Parteiensystems mit einem fragmentierten, sich permanent umstrukturierenden Oppositionslager, wobei die DPJ die derzeit stärkste Oppositionspartei stellt.⁸ Da es der Partei, deren Mitglieder sich überwiegend aus dem Personal der etablierten Parteien zusammensetzen, an programmatischen Alternativen zur LDP mangelt,⁹ ist es ihr bislang nicht gelungen, ein dauerhaftes *alignment* der organisatorisch ungebundenen Wähler herbeizuführen. Die LDP hingegen ist von *dea-*

⁸ Zu den neueren Entwicklungen im japanischen Parteiensystem vgl. ausführlich Schmidt 2003: 66-69 und 2005a: 30.

⁹ So versteht sich die DPJ gemäß ihrem Grundsatzprogramm als Partei für „... those who have been excluded by the structure of vested interests, those who work hard and pay taxes, and for the people who strive for independence despite difficult circumstances. In other words, we represent citizens, taxpayers and consumers.“ Vgl. Demokratische Partei Japans 2001.

lignment-Prozessen dieser Art nicht betroffen, obwohl ihre traditionellen Wählerschichten durch den berufsstrukturellen Wandel geschwunden sind. Im Jahr 2005 stellte sie mit über 50% die stärkste Fraktion im Unterhaus (vgl. Tab. 1).

TABELLE 1: MANDATSVERTEILUNG IM UNTERHAUS NACH PARTEI (2005)

Partei	Mandate	in %
LDP	249 (9)	51,9 (3,6)
DPJ	176 (15)	36,6 (8,5)
(Neue) Kômeitô	34 (4)	7,1 (11,8)
KPJ	9 (2)	1,9 (22,2)
SDPJ	6 (3)	1,3 (50)
Unabhängige	3 (0)	0,6 (0)
Vakant ¹	3	0,6
N=	480 (33)	100 (6,9)

Anm.: ¹ Im Falle des Todes oder Rücktritts eines Abgeordneten wird eine Nachwahl durchgeführt, sofern das Mandat im Unterhaus nach dem seit 1994 geltenden dualen Wahlsystem in den Einerwahlkreisen vergeben wurde, weshalb Vakanzan auftreten können. Die Zahlen in Klammern geben den Anteil der weiblichen Mandatsträger wieder. Stand der Daten: 1.8.2005.

Quelle: http://www.shugiin.go.jp/index.nsf/html/index_e_strength.htm (Aufruf am 3.8.2005)

3.1.2 Die Auswirkungen des Wahlsystems auf die nationale politische Kultur

Zwischen 1947 und 1993 wurden die Mandate in Wahlkreisen mittlerer Größe bei unübertragbarer Einzelstimmgebung vergeben. Seit den politischen Reformen (*seiji kaikaku*) von 1994 gilt ein neues Wahlgesetz, das bei der Unterhauswahl 1996 zum ersten Mal angewandt wurde.¹⁰ Dieses sieht nunmehr ein gemischtes Wahlsystem aus Einer- und Verhältniswahlkreisen vor, bei dem der Wähler über zwei Stimmen verfügt, eine für den Kandidaten im Einerwahlkreis und eine für die Partei im Verhältniswahlkreis. Unabhängige Kandidaten und Wählervereinigungen können nur in den Einerwahlkreisen antreten.

¹⁰ In den Jahren 1993-94 wurden tiefgreifende politische Reformen durchgeführt, wobei explizit Maßnahmen zur Bekämpfung der politischen Korruption vorgesehen waren. Das am 18.11.1993 im Unterhaus verabschiedete Reformpaket umfaßte neben der Reform des Wahlgesetzes (*Kôshoku senkyo hō*) eine Revision des Gesetzes zur Regulierung politischer Geldzuwendungen (*Seiji shikin kisei hō*) sowie ein Gesetz zur öffentlichen Parteienfinanzierung (*Seitō josei hō*). Endgültige Inkraftsetzung der Gesetze am 25.12.1994.

Beide Systeme führten zu einer Begünstigung der langjährigen konservativen Regierungspartei LDP, weshalb eine für alle Parteien gleiche Chance zur Repräsentation nicht gegeben ist. Dies liegt insbesondere darin begründet, daß in den ländlichen Gebieten, den Hochburgen der LDP, deutlich weniger Stimmen für einen Wahlerfolg ausreichen als in den Großstädten, den Hochburgen der linken Opposition, weshalb der Mandatsanteil der LDP bei allen Wahlen stets deutlich über dem von der Partei erreichten Stimmenanteil lag. Zwar wurde die Wahlkreisfestlegung nicht von vornherein durch eine aktive Manipulation zugunsten der LDP bestimmt, doch wurde die Anpassung an Migrationsprozesse mittels einer geographischen Neufestlegung der Wahlkreise oder einer Anpassung der Zahl der Mandate durch die Regierungen bewußt unterlassen. Auch durch die Reformen hat sich hieran kaum etwas geändert, so daß nach wie vor von einer für alle Parteien gleichen Chance zur Repräsentation nicht die Rede sein kann (Schmidt 2001: Kap. 4.1).

Zudem führte das bis 1993 gültige Prinzip der Einzelkandidatur dazu, daß die Persönlichkeit des Bewerbers im Vordergrund stand. Da außerdem in der Regel Kandidaten der LDP in den mittelgroßen Wahlkreisen gegeneinander antreten mußten, begünstigte dies zusammen mit den restriktiven Regelungen der politischen Aktivitäten der Kandidaten die Gründung von persönlichen Unterstützerguppen (*kôenkai*) durch die Abgeordneten. Diese sind in der Regel nur auf den einzelnen Abgeordneten zugeschnitten und weisen keine organisatorische Bindung zur jeweiligen Partei auf. Mit den *kôenkai* etablierten sich Patron-Klient-Beziehungen, die an den einzelnen Abgeordneten gebunden und unabhängig vom politischen Programm der Partei sind. Des weiteren führte der Unterhalt und die „Pflege“ der persönlichen Unterstützerguppen zu einem enormen Finanzbedarf der einzelnen Abgeordneten, womit deren Anfälligkeit für politische Korruption erheblich erhöht wurde, was sich insbesondere seit den 70er Jahren in zahlreichen Korruptionsskandalen manifestiert, in die zumeist führende Mitglieder der LDP verwickelt waren (Schmidt 2001: Kap. 5.2.2).¹¹

Die Einführung von Einerwahlkreisen im Zuge der politischen Reformen und deren zahlenmäßiges Übergewicht¹² scheint tendenziell die Bedeutung von persönlichen

¹¹ Zu nennen wären vor allem der Lockheed-Skandal (*Rokkido jiken*) von 1976, der Recruit-Skandal (*Rekurûto jiken*) von 1988 oder der Sagawa-Kyûbin-Skandal (*Sagawa kyûbin jiken*) von 1992.

¹² Ursprünglich sah das neue Gesetz bei einer Gesamtzahl von 500 Unterhausmandaten 300 Einerwahlkreise (vergeben nach dem Majorzsystem) und 200 Listenmandate (vergeben nach dem Verhältniswahlprinzip) vor. Im Jahr 2000 wurden die Blocklistenmandate auf 180 reduziert unter Beibehaltung der 300 Einerwahlkreise.

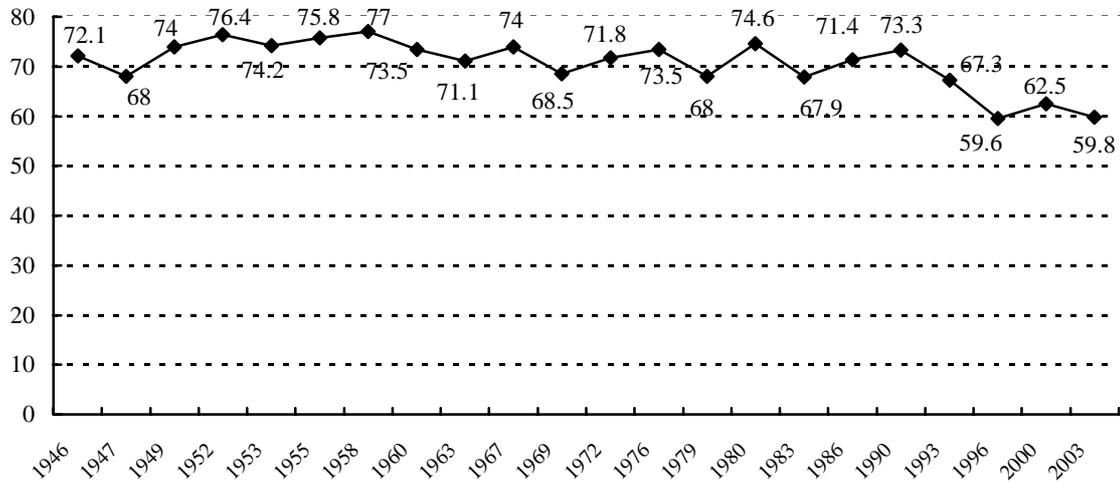
Unterstützergruppen, und damit den Finanzbedarf der einzelnen Abgeordneten sowie die Personalisierung der Wahl, eher noch zu intensivieren (Köllner 1998: 33). Da auch die restriktiven Regelungen zu den politischen Aktivitäten der Kandidaten und Abgeordneten kaum abgeschwächt wurden, ist der Bewerber nach wie vor auf die Stimmenmobilisierung durch seine lokale Unterstützergruppe angewiesen. Wesentliche Reformziele wurden somit nicht erreicht, wie die Stärkung der Parteien, die Schwächung von persönlichen Unterstützergruppen und damit die Verringerung politischer Korruption sowie die Reduzierung der Stimmenungleichwertigkeit.

3.1.3 Politische Partizipation auf nationaler Ebene

Die Lockerung von Parteibindungen, die zahlreichen Korruptionsskandale, die eingeschränkte Chance des Machtwechsels sowie die Krise des Sozial- und Wohlfahrtsstaates führten vor allem ab den 70er Jahren zu einer zunehmenden Politikverdrossenheit unter der japanischen Wählerschaft, die sich in einem dramatischen Vertrauensverlust in Politiker, Parteien und politischen Institutionen niederschlägt, der sich in Umfragen feststellen läßt (Schmidt 2005a: 30f.). Diese Prozesse manifestieren sich in einer sinkenden Wahlbeteiligungsrate und einer dramatisch angestiegenen Schicht der Nichtunterstützer politischer Parteien.

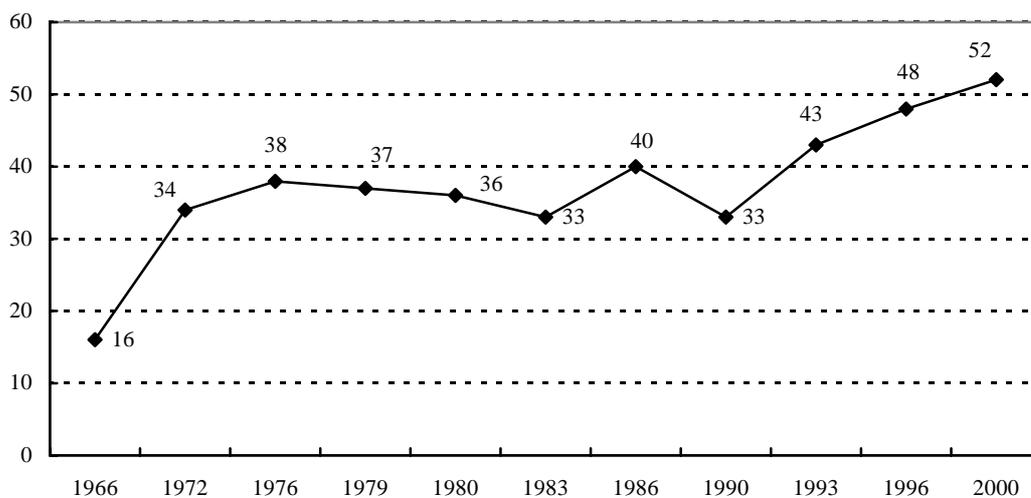
Wie aus Schaubild 2 hervorgeht, nahm die Wahlbeteiligungsrate im langfristigen Zeitverlauf seit 1958 kontinuierlich ab und erreichte bei den Unterhauswahlen 1996 mit 59,6% einen historischen Tiefstand; bei den folgenden Unterhauswahlen im Jahr 2000 lag sie mit 62,5% etwas höher, um im Jahr 2003 erneut auf unter 60% abzurutschen (Akarui senkyo suishin kyôkai 2001: 19; Yomiuri online 2004: 2). Den Schwankungen über den Zeitverlauf liegen ursächlich Kurzzeitfluktuationen zugrunde. So stieg die Wahlbeteiligung 1980, 86 und 90 jeweils stark an, was sich vermutlich auf die Durchführung von Doppelwahlen, d. h. gleichzeitige Wahlen zum Unter- und Oberhaus zurückführen läßt, sowie auf gesellschaftliche Polarisierungen.¹³

¹³ Neben dem Recruit-Cosmos-Bestechungsskandal zu Ende der 80er Jahre führte die Einführung einer dreiprozentigen Konsumsteuer zu breiten Protesten in der Bevölkerung. Die damals stärkste Oppositionspartei SPJ griff diese Themen im Wahlkampf 1990 erfolgreich auf, mobilisierte dank ihrer populären Parteichefin Doi Takako (*1928) viele weibliche Wähler und errang mit 26,6% der Mandate ihr bestes Ergebnis seit 1967.

SCHAUBILD 2: WAHLBETEILIGUNG BEI UNTERHAUSWAHLEN 1946-2003

Quelle: 1946-2000: Schmidt 2001: 193; 2003: Nihon tōkei nenkan 2003: 760.

Neben der merklichen Veränderung der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Nichtunterstützer politischer Parteien zeigt auch ihr Anteil über den Zeitverlauf eine deutliche quantitative Zunahme. So stieg die Zahl derjenigen Personen, die bei Befragungen angaben, keine Partei zu unterstützen, insbesondere zu Anfang der 70er Jahre deutlich an und blieb bis Mitte der 80er Jahre relativ konstant. Über die 90er Jahre zeigt die Quote erneut einen starken Anstieg und lag im Jahr 2000 bei über 50% (vgl. Schaubild 3).

SCHAUBILD 3: PROZENTUALER ANTEIL DER NICHTUNTERSTÜTZER POLITISCHER PARTEIEN AM ELEKTORAT 1966-2000

Quelle: Schmidt 2001: 194.

Das Unvermögen der gegenwärtig größten Oppositionspartei DPJ, dieses Potential zu mobilisieren und dauerhaft zu organisieren, manifestiert sich in einer äußerst schwachen affektiven Bindung an die Partei. Bei monatlichen Erhebungen in den Jahren 1998 bis 2003 lag ihre Unterstützerrate lediglich zwischen 3,5% und 7%, während die Nichtunterstützerschicht im selben Zeitraum zwischen 60% und 63% schwankte (Jiji Press nach *Seikai kanchô jinji roku 2003*: 22f.).

3.2 Parteien, Wahlsystem und politische Partizipation auf lokaler Ebene

3.2.1 Parteienentwicklung auf lokaler Ebene

Bis in die 1960er Jahre hinein dominierten auch auf der subnationalen Ebene konservative, oft von der LDP gestützte Parlamentarier sowie Gouverneure und Bürgermeister. Ende der 60er Jahre entstanden auf der Ebene der Gebietskörperschaften erste Koalitionen zwischen den Oppositionsparteien. Diese Bündnispolitik führte dazu, daß auf lokaler Ebene immer mehr oppositionelle Bürgermeister und Gouverneure gewählt wurden. Den ersten großen Erfolg erzielte ein solches Bündnis bei den Gouverneurswahlen von Tôkyô 1967, als ein gemeinsamer Kandidat von SPJ und KPJ erfolgreich war (MacDougall 1980: 82).

Ursächlich erklären sich die Wahlerfolge vor allem aus der Tatsache, daß die „progressiven“ Parteien¹⁴ neue Themen aufgriffen, wie die öffentliche Wohlfahrt und die mit dem raschen Wirtschaftswachstum entstehenden Probleme, zu denen die zunehmende Umweltverschmutzung¹⁵ und die schlechten Wohn- und Lebensverhältnisse der Stadtbevölkerung gehörten (Abe u.a. 1994: 119).

Die unterschiedlichen Bündnisse „progressiver“ Parteien waren bis zur Mitte der 70er Jahre erfolgreich. So gewann bei den Gouverneurswahlen 1975 in Kyôto der von

¹⁴ Hier wird in der Fachliteratur unterschieden zwischen „konservativ“ (*hoshuteki*) und „progressiv“ (*kakushinteki*), wobei nur die LDP als „konservativ“ und alle übrigen Parteien als „progressiv“ eingestuft werden. Vgl. Steiner 1980: 318.

¹⁵ Bereits Ende der 50er Jahre war bekannt geworden, daß quecksilberhaltige Abwässer eines Chemiewerks in Minamata (Präfektur Kumamoto) und eines Werks in Niigata (Präfektur Niigata) schwere Erkrankungen verursacht hatten. In Fuchû (Präfektur Toyama) traten Fälle von Cadmiumverseuchung auf (*itai-itai-Krankheit*; etwa: „Krankheit mit starken Schmerzen“), und in der Stadt Yokkaichi (Präfektur Mie), einem Zentrum der petrochemischen Industrie, erkrankten seit 1960 viele Menschen an chronischem Asthma oder Bronchitis. Diese Umweltskandale hatten zu Protesten mit Unterstützung der progressiven Parteien geführt. Vgl. McKean 1981:45-61 und Krauss/ Simcock 1980: 193f.

SPJ und KPJ gestützte Kandidat, in Ôsaka der Kandidat der KP, und in Tôkyô wurde der Kandidat einer Koalition von vier Oppositionsparteien gewählt (Steiner 1980: 321, Abe u.a. 1994: 119). Auf dem damaligen Höhepunkt dieser Entwicklung zur Mitte der 70er Jahre lebten mehr als 40% der japanischen Bürger in Großgemeinden, die von „progressiven“ Reformpolitikern regiert wurden (Pohl 1991: 187).

Die Übernahme wesentlicher reformorientierter Politikziele durch die regierende konservative LDP zur Mitte der 1970er Jahre sowie die tiefen Einschnitte in die kommunalen Haushalte nach der „ersten Ölpreiskrise“, die ein Fortführen sozialer Programme auf kommunaler Ebene stark beeinträchtigten, führten jedoch zu einer rückläufigen Zahl oppositionell regierter Gebietskörperschaften und zu einem Widererstarken der LDP auf subnationaler Ebene (Flanagan/ Reed 1996: 337).

3.2.2 *Wahlssystem und politische Kultur auf lokaler Ebene*

Zwischen Charakteristika der lokalen politischen Kultur und der nationalen Ebene sind bedeutende Unterschiede festzustellen. Wie aus Tabelle 2 hervorgeht, sind die Parteien auf lokaler Ebene nur schwach verankert. Der Anteil der unabhängigen Kandidaten lag im Jahre 2003 auf subnationaler Ebene mit insgesamt knapp 80% erheblich über ihrem Anteil im nationalen Parlament; im Unterhaus betrug ihr Anteil im Jahr 2005 lediglich 0,6% (vgl. Tab. 1 und 2). Insbesondere die Gouverneure und Bürgermeister weisen häufig keine Parteibindung auf. Auf der Ebene der Präfekturparlamente und der Stadtversammlungen von Tôkyô stellt die LDP die meisten Abgeordneten; Mitglieder der derzeit größten Oppositionspartei DPJ hingegen sind nur schwach vertreten, während KPJ und Kômeitô in diesen Versammlungen deutlich mehr Mandatsträger stellen können als im nationalen Parlament. Allerdings liegt auch in diesen Versammlungen der Anteil der Unabhängigen mit 25% in den Präfekturversammlungen und 14% im Stadtparlament von Tôkyô im Vergleich zur nationalen Ebene sehr hoch. Oftmals sind diese Parlamentarier jedoch nur formell unabhängig und werden de facto von einer oder mehreren Parteien unterstützt.

Die formell unabhängige Kandidatur wird vor allem durch das Wahlssystem gefördert. Im Unterschied zu den Wahlkreisen bei Unter- und Oberhauswahlen sind die Wahlkreise bei subnationalen Wahlen als Großwahlkreise organisiert, wobei mehrere Mandate zur Wahl stehen. Gemäß Art. 15 des Gesetzes über Wahlen zu öffentlichen Positionen (*Kôshoku senkyo hô*) fungieren bei Präfekturalwahlen einzelne Städten oder

Landkreise als Wahlkreise; bei den durch Regierungsbeschluß ausgewählten größten Städten bilden die Verwaltungsbezirke die Wahlkreise, während in den übrigen Städten und Gemeinden in der Regel ein Wahlkreis für die Gesamtregion besteht.

TABELLE 2: VERTEILUNG DER POLITISCHEN AMTSTRÄGER AUF SUBNATIONALER EBENE NACH PARTEIZUGEHÖRIGKEIT (2003)

Partei	Gouverneure		Präfekturabgeordnete		Bürgermeister der Stadtbezirke von Tôkyô		Bürgermeister der Städte		Bürgermeister kleinerer Kommunen und Dörfer		Stadtparlamentarier von Tôkyô		Stadtparlamentarier		Abgeordnete kleinerer Kommunen und Dörfer		Gesamt	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
LDP	0	0	1.413	49.6	0	0	1	0.1	3	0.1	307	33.3	1.552	8.5	226	0.6	3.502	5.6
DPJ	0	0	228	8.0	0	0	0	0.0	0	0.0	80	8.7	563	3.1	85	0.2	956	1.5
Kômeitô	0	0	205	7.2	0	0	0	0.0	0	0.0	197	21.3	2.007	10.9	988	2.6	3.397	5.4
LP	0	0	25	0.9	0	0	0	0.0	0	0.0	12	1.3	16	0.1	0	0.0	53	0.1
KPJ	0	0	129	4.5	0	0	0	0.0	0	0.0	148	16.0	1.760	9.6	2.103	5.6	4.140	6.6
SDPJ	0	0	74	2.6	0	0	0	0.0	0	0.0	19	2.1	431	2.3	140	0.4	664	1.1
Andere	0	0	60	2.1	0	0	1	0.1	0	0.0	37	4.0	220	1.2	44	0.1	362	0.6
Unabhg.	47	100	715	25.1	23	100	675	99.7	2.491	99.9	132	14.3	11.806	64.3	33.739	90.4	49.628	79.1
N=	47	100	2.849	100	23	100	677	100	2.494	100	932	100	18.355	100	37.325	100	62.702	100

Stand: 31.12.2003.

Quelle: Election Department, Local Administration Bureau, Ministry of Public Management, Home Affairs, Posts and Telecommunications.

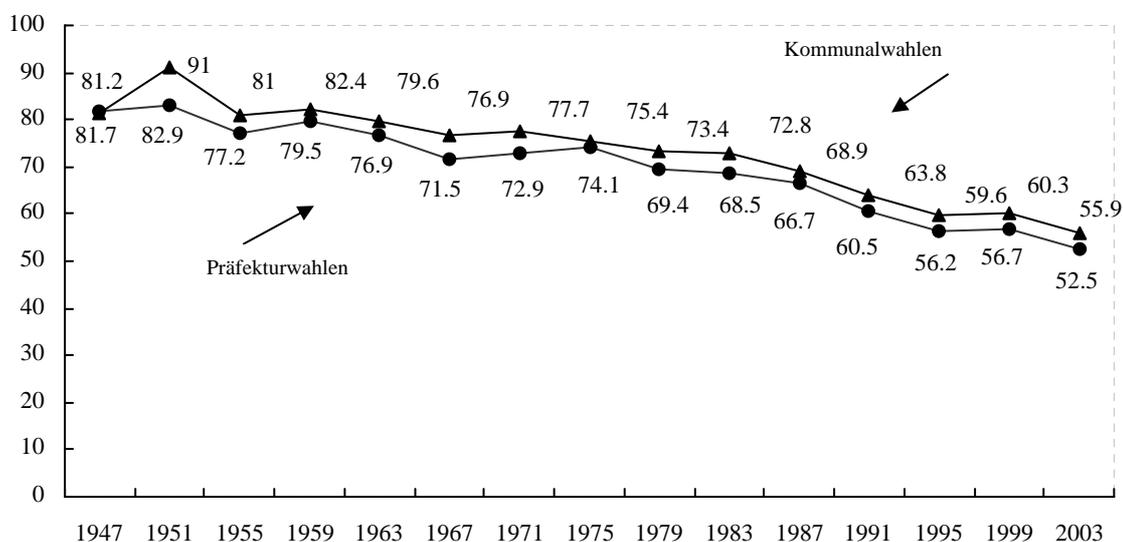
Anm.: LP = Liberale Partei (*Jiyûtô*); gegr. 1998; vor den Unterhauswahlen im November 2003 erfolgte der Beitritt zur DPJ.

Zudem liegt der für eine erfolgreiche Wahl benötigte Stimmenanteil niedrig. So genügen bei Präfekturwahlen in der Regel zwischen 7000 und 15.000 Stimmen für einen Wahlerfolg, bei den Stadtversammlungen der ausgewählten größten Städte zwischen 3000 und 5000 Stimmen; bei Gemeindeparrlamenten liegt der benötigte Stimmenanteil nochmals um einige Hundert niedriger. Somit ist die Hürde für eine erfolgreiche Bewerbung unabhängiger Kandidaten und Kandidaten kleinerer Parteien bei subnationalen Wahlen deutlich niedriger als bei nationalen (Yoshino/ Imamura 2001: 154f.).

3.2.3 Politische Partizipation auf lokaler Ebene

Auch auf der lokalen Ebene läßt sich die Tendenz einer zunehmenden Politikverdrossenheit nachweisen. Auch hier sank die Wahlbeteiligungsrate bei den Wahlen aller Gremien seit den frühen 50er Jahren kontinuierlich ab (vgl. Schaubild 4).

SCHAUBILD 4: WAHLBETEILIGUNG BEI DEN WAHLEN ZU DEN SUBNATIONALEN PARLAMENTEN 1947-2003



Quelle: Akarui Senkyo suishin kyôkai 2004: 25.

Am ausgeprägtesten ist diese Tendenz bei den Wahlen zu den Kommunalparlamenten, wo die Quote von 91% im Jahre 1951 kontinuierlich sank bis auf lediglich noch 55,9% im Jahre 2003. Auch bei den Präfekturwahlen zeigt sich ein ähnlicher Trend. Hier sank die Wahlbeteiligung von 82,9% im Jahre 1951 stetig bis auf 52,5%. Hingegen stieg der Prozentsatz an Nichtunterstützern politischer Parteien zwischen 1991 und 2003 von 41,4% auf 58,8% (Akarui senkyo suishin kyôkai 2004: 40).

4. Die Bürgernetzwerke

4.1 Geschichtliche Entwicklung

Die Bürgernetzwerke (*Seikatsusha nettowâku*)¹⁶ entstanden aus der Genossenschaftsbewegung. Erste Verbraucherkooperativen gründeten sich im Jahre 1951 unter maßgeblicher Beteiligung der linken Parteien SPJ und KPJ sowie der Gewerkschaften und verstanden sich in erster Linie als basisdemokratische Gegenspieler der an der LDP orientierten Agrargenossenschaften NÔKYÔ. Seit Beginn der 70er Jahre bildeten sich zahlreiche neue Kooperativen, die sich weniger an den etablierten linken Parteien orientierten, sondern sich als linksunabhängig verstehen (Moen 2000: 56).

Auf nationaler Ebene fungiert der Japanische Verband der Verbraucherkooperativen Coop (*Nihon seikatsu kyôdô kumiai rengôkai*) als Zentralorgan der Einzelkooperativen mit einer heterogenen Mitgliederstruktur (vgl. Schaubild 5). Insgesamt verfügen die Kooperativen im Jahr 2002 über etwa 22 Mio. Mitglieder, zumeist Frauen, und sind damit die mitgliederstärkste Organisation Japans. Sie beschäftigen ca. 47.000 festangestellte Mitarbeiter und verfügen landesweit über 2.700 Verkaufsstellen, insbesondere für biologisch angebaute Lebensmittel, umweltverträgliche Produkte und Fleisch aus artgerechter Tierhaltung, aber auch andere Konsumgüter (*Asahi gendai yôgo chiezô* 2003: 1002, Moen 2000: 56).

Die Tatsache, daß die sich die Mitglieder fast ausschließlich aus Frauen zusammensetzen, dürfte ursächlich in der traditionellen gesellschaftlichen Rollenteilung begründet liegen. Alle Themen, die im weitesten Sinne Haushalts- und Ernährungsfragen, Alten- oder Kinderpflege betreffen, werden in weiten Teilen der japanischen Gegenwartsgesellschaft noch immer als „frauenspezifisch“ betrachtet.

Eine dieser im Zentralverband organisierten Kooperativen ist die 1965 aus der sogenannten „Gruppe für den gemeinsamen Milcheinkauf“ in Tôkyôs Bezirk Setagaya hervorgegangene „Seikatsu Klub Verbraucherkooperative“ (*Seikatsu kurabu seikyô*, engl.: *Seikatsu Club Consumers Cooperative Union*, kurz: *SCCU*), die 1968 als Verbraucherkooperative anerkannt wurde und sich auf präfekturaler Ebene als Verbund

¹⁶ Gemäß der Eigendefinition der Netzwerke geht der Begriff *seikatsusha* hier über „Verbraucher“ im engeren Sinne hinaus und zielt eher auf „Bürger“: „*Seikatsusha = people who live, in the sense of inhabitants rather than consumers.*“ Vgl.: Seikatsu Club 2004: 8.

von Verbraucherkooperativen (*Seikatsu kurabu seikyô rengôkai*) ausbreitete (auf Englisch geben sie sich die Bezeichnung *Seikatsu Club Group*) (vgl. Schaubild 6). Bereits 1969 erstreckten sich seine Aktivitäten über 13 der 47 Präfekturen Japans. Das Ziel des Verbandes lag ursprünglich lediglich im Ankauf und der Distribution von Qualitätslebensmitteln, parteipolitischen Bindungen wurde eine Absage erteilt.

SCHAUBILD 5: ORGANISATIONSFORM DER VERBRAUCHERKOOPERATIVEN

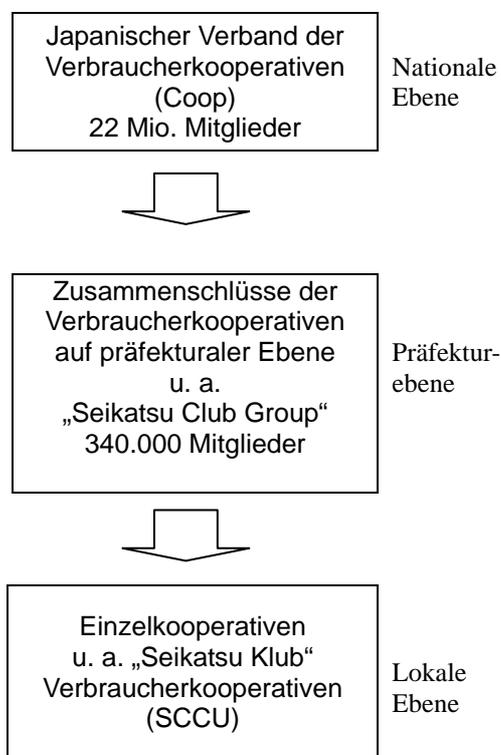
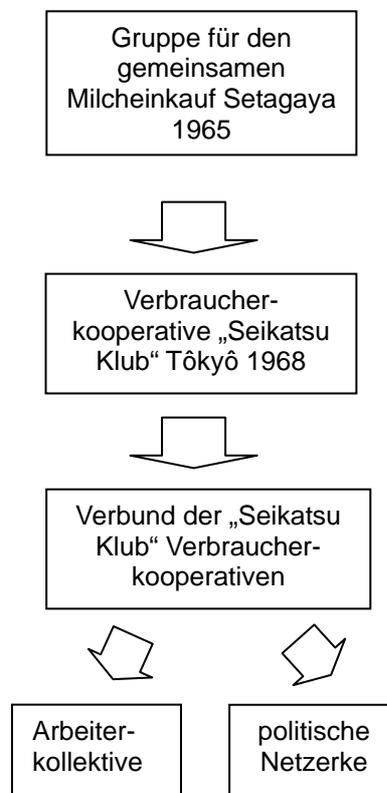


SCHAUBILD 6: ENTSTEHUNG DER POLITISCHEN NETZWERKE



Quelle: Eigene Zusammenstellung

Aus den SCCU entstanden zwei weitere Organisationen: die sogenannten Arbeiterkollektive (*wākâsu korekutibu*) und die politischen Netzwerke. Die Arbeiterkollektive bieten in Selbstverwaltung und Eigenregie verschiedene Dienstleistungen der SCCU an. Diese umfassen einerseits die Herstellung und den Verkauf von Lebensmitteln,

das Betreiben von Läden sowie die Lieferung der Bestellungen der Genossenschaftsmitglieder, andererseits aber auch Dienstleistungen im Bereich der sozialen Wohlfahrt, wie Pflegedienste, Altenbetreuung oder die Unterhaltung von Kindertagestätten (Tsubogô 2003: 218).

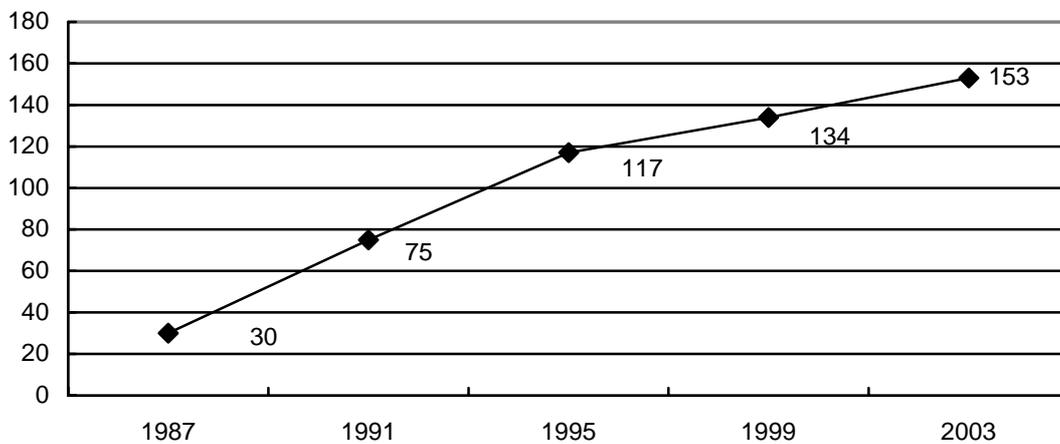
Der Gründung der politischen Netzwerke lag die Absicht zugrunde, den Anliegen der SCCU politisches Gehör zu verschaffen. Da die Kooperativen als solche nicht direkt zu Wahlen antreten konnten,¹⁷ gründeten sie in den Verwaltungsbezirken der Präfekturen politische Organisationen, wie die „Gruppe der Bürger“ (*Gurûpu seikatsusha*) und das „Bürgernetzwerk“ (*Seikatsusha nettowâku*) in Tôkyô oder das „Netzwerk“ (*Nettowâku*) in der Präfektur Kanagawa, die den Ballungsraum Yokohama umgibt. Die Kandidatenauswahl erfolgte aus den Mitgliedern der SCCU, die finanziellen Mittel wurden von den einzelnen Ortsgruppen durch Spendensammelkampagnen und Veranstaltungen aufgebracht und der Wahlkampf durch die horizontale Vernetzung der einzelnen Ortsgruppen koordiniert durchgeführt. Im Jahre 1979 beteiligten sich die Netzwerke erstmals an den Kommunalwahlen im Tôkyôter Bezirk Nerima (Yoshino/Imamura 201: 152f.). Auf präfekturaler Ebene traten die Netzwerke 1985 zum ersten Mal mit eigenen Kandidaten an und errangen einen Sitz in der Präfekturversammlung von Tôkyô (vgl. Anhang Tab. A3).

Schaubild 7 gibt den Anstieg der Zahl an netzwerkgestützten Abgeordneten zwischen 1987 und 2003 wieder. Wie hieraus hervorgeht, stieg die Zahl der Abgeordneten in diesem Zeitraum kontinuierlich an. Nach den Allgemeinen Präfektural- und Kommunalwahlen im Jahre 1987 waren 30 netzwerkgestützte Abgeordnete in den Versammlungen der Präfekturen Tôkyô und Kanagawa vertreten, und nach selbigen Wahlen 1991, als die Aktivitäten auf die Präfekturen Chiba, Saitama, Hokkaidô, Nagano und Fukuoka ausgeweitet wurden, amtierten 75 Parlamentarier. Im Jahre 2003 stellten die Netzwerke insgesamt 153 Abgeordnete in den subnationalen Parlamenten von 8 Präfekturen, davon 63 in Tôkyô (6 im Präfekturparlament und 57 in den Stadträten der Präfektur). Insgesamt beträgt damit die Anzahl der Netzwerkabgeordneten in den Kommunalparlamenten der Präfektur Tôkyô 3,2% (vgl. Anhang, Tab. A1 und A2). Allerdings kandidieren netzwerkgestützte Kandidaten nicht bei allen Rats- und Präfekturwahlen, woraus eine stark abweichende Verteilung der Mandatsanteile resultiert. Den höchsten Anteil an Mandatsträgern in einer Stadtversammlung wies im Jahr 2003 die

¹⁷ Die Kooperativen unterliegen in ihren Aktivitäten den Bestimmungen des Gesetzes zu den Kooperativen (*Seikyôhō*), welches eine politische Betätigung nicht vorsieht.

Stadt Kokubunji im Westen der Präfektur Tôkyô mit 11,5% auf. In den Stadtbezirkparlamenten von Tôkyô lag der Anteil mit 9,6% in Setagaya am höchsten (vgl. Anhang Tab. A1). Auf präfekturaler Ebene waren die Netzwerke im Jahre 2001 in drei Präfekturen (Tôkyô, Kanagawa und Chiba) vertreten, wobei der Anteil im Präfekturpalament von Tôkyô mit gut 5% (6 von 118) am höchsten lag (vgl. Anhang Tab. A3).

SCHAUBILD 7: ANSTIEG DER VON DEN NETZWERKEN GESTÜTZTEN ABGEORDNETEN AUF SUBNATIONALER EBENE



Quelle: Tsubogô 2003: 216.

4.2 Ziele und Grundsätze

Die Bürgernetzwerke verstehen sich als lokale Parteien (*rôkaru pâti*) und verfügen weder über eine zentrale Parteiorganisation noch über ein zentral verabschiedetes Parteiprogramm. Bislang formulierten sie lediglich politische Leitlinien. Demgemäß bestehen ihre politischen Ziele in einer Selbstverwaltung der Bürger (*shimin jichi*), Dezentralisierung (*bunken*) und politischer Beteiligung (*sanka*). Seit Anfang der 1990er Jahre wird die Betonung der Wichtigkeit einer bürgernahen Politik (*seikatsusha no seiji*) zunehmend auch von den etablierten Parteien, vor allem der derzeit größten Oppositionspartei DPJ, aufgegriffen (Tsubogô 2003: 221).

Darüber hinaus setzen sich die Netzwerke ein für ein Verbot von Atomwaffen, den Erhalt des Friedensartikels der japanischen Verfassung, der ein Verbot von Streitkräften vorsieht, die Ablehnung des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages und gegen

den Ausbau von amerikanischen Militärbasen in Japan. Weiter engagieren sie sich gegen die Nutzung der Atomenergie, den Ausbau von Golfplätzen und Urlaubsressorts, die Wasser- und Luftverschmutzung und für den globalen Umweltschutz. Zudem fordern sie eine friedliche und sozial gerechte Gesellschaft, wobei sie sich gegen Diskriminierungen jeglicher Art wenden und für soziale Wohlfahrt für Ältere und Behinderte sowie den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen eintreten (Moen 2000: 63). Die politischen Ziele der Netzwerke entsprechen somit jenen der sogenannten „neuen Politik“ (Hildebrandt/Dalton 1977), für die in Deutschland insbesondere die Grünen eintreten. Dies unterscheidet die Bürgernetzwerke deutlich von den Freien Wählergemeinschaften in Deutschland, die sich ebenfalls als lokale Parteilalternativen verstehen, traditionell jedoch die Interessen des alten Mittelstandes vertreten.¹⁸ Auch die Tatsache, daß die Netzwerke zunehmend auch bei Präfekturwahlen kandidieren kann als bedeutender Unterschied angesehen werden.

Ihre Grundsätze beinhalten darüber hinaus eine Absage an jegliche parteipolitische Bindung, weshalb formelle Bündnisse mit Parteien bislang nicht existieren. Allerdings wurde in der Vergangenheit bei nationalen Wahlen in Einzelfällen zur Wahl von Kandidaten der Demokratischen Partei aufgerufen.

Die politischen Aktivitäten der Bürgernetzwerke beruhen vor allem auf drei politischen Grundsätzen:

- (1) Dem Abgeordneten-Rotationsprinzip (*rôtêshon seido*); die Abgeordneten werden nach zwei bis drei Amtsperioden ausgewechselt, wodurch einer Professionalisierung und Amtsmüdigkeit vorgebeugt werden soll. In Tôkyô betraf dies bis zum Jahr 2003 etwa 40 Abgeordnete.
- (2) Die Besoldung der Abgeordneten wird für gemeinsame politische Tätigkeiten gespendet.
- (3) Die Wahlkampagnen der Abgeordneten werden mittels freiwilliger Helfer durchgeführt, um das ehrenamtliche Engagement von Bürgern bei Wahlen auf der subnationalen Ebene zu befördern (Tsubogô 2003: 222).

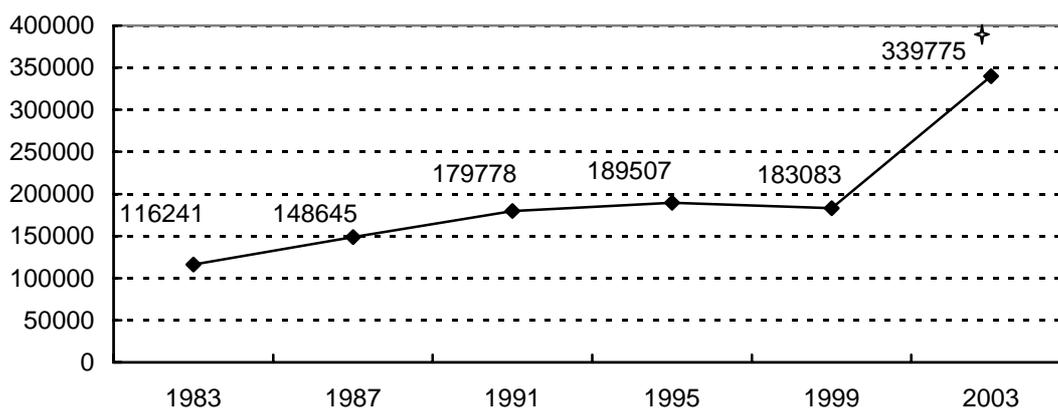
¹⁸ In jüngster Zeit wird allerdings auch eine stärkere Öffnung der Freien Wählergemeinschaften für die Anliegen der neuen, postmaterialistisch eingestellten Mittelschichten konstatiert. Vgl. Holtmann 2002: 427.

4.3 Die Basis der Unterstützung

Die Basis der Unterstützung der Bürgernetzwerke bilden die Mitglieder der SCCU, die von den Verbraucherverbänden gegründeten Arbeiterkollektive sowie die Unterstützer der politischen Netzwerke (*dairinin undô*). Die SCCU verfügten im Jahr 2003 über insgesamt rund 340.000 Mitglieder, davon knapp 58.000 in Tôkyô. Die insgesamt etwa 580 Arbeiterkollektive kamen im selben Jahr auf über rund 16.000 Einzelmitglieder, die Zahl der Mitglieder der politischen Netzwerke betrug im Jahr 2004 in Tôkyô rund 1200 (vgl. Anhang Tab. A4 und Tôkyô seikatsusha nettowâku 2004: 63; alle Zahlen inkl. überlappende Gruppenmitgliedschaften).

Schaubild 8 gibt den Anstieg der Mitgliederzahlen von SCCU zwischen 1983 und 2003 wieder. Wie hieraus ersichtlich ist, stieg die Zahl von etwa 116.000 Personen bis 2003 kontinuierlich auf 340.000 an, womit SCCU die größte Oppositionspartei DPJ mittlerweile an Mitgliedern übertrifft.¹⁹ Die deutliche Steigerung der Mitgliederzahlen zwischen 1999 und 2003 ist in erster Linie auf den geschlossenen Beitritt einer Verbraucherkooperative in der Präfektur Fukuoka zurückzuführen. Angesichts einer Mitgliederzahl der Kooperativen von knapp 22 Millionen Mitgliedern besteht darüber hinaus ein weiterhin hohes Wachstumspotential.

SCHAUBILD 8: ANSTIEG DER MITGLIEDERZAHLEN DER SEIKATSU KLUB VERBRAUCHERKOOPERATIVEN (SCCU)



Quelle: Tsubogô 2003: 216.

Anm.: ✦ Der Anstieg der Mitgliederzahlen zwischen 1999 und 2003 ist vor allem auf den Beitritt des Fukuoka Green Coop mit 126.774 Mitgliedern zurückzuführen.

¹⁹ Im Jahr 2002 betrug die Zahl der Mitglieder der DPJ etwa 300.000. Vgl. *Yomiuri nenkan* 2003: 157.

Die Netzwerke profitieren bei Wahlen von der bereits ausgeführten Politikverdrossenheit und finden ihre Wählerschaft nicht nur unter den Mitgliedern der Kooperativen, sondern auch in der auch auf lokaler Ebene dramatisch angewachsenen Schicht der Nichtunterstützer politischer Parteien (Tsubogô 2003: 219f.).

4.4 Die Profile der Kandidaten

Tabelle 3 gibt einige sozialstrukturelle Merkmale der Abgeordneten in den Präfekturen Tôkyô und Kanagawa aus dem Jahre 2003 wieder. Wie hieraus hervorgeht, sind die Kandidaten der Netzwerke ausschließlich weiblichen Geschlechts, in der Mehrzahl in einem Alter zwischen 40 und 49 Jahren und verfügen über überdurchschnittlich hohe Ausbildungsabschlüsse. Gut 65% von ihnen weisen einen Hochschul- oder College-Abschluß auf.²⁰ 60% der Parlamentarierinnen in Tôkyô hatten unmittelbar vor ihrer ersten Wahl einen Posten als Funktionärin in den Netzwerken inne; weitere 41% waren für die SCCU tätig gewesen. Eine Funktionärstätigkeit kann somit als unabdingbare Voraussetzung für eine Kandidatur bezeichnet werden. Mitarbeiterinnen der Arbeiterkollektive waren hingegen mit 5% nur schwach vertreten.

TABELLE 3: PROFILE DER VON NETZWERKEN GESTÜTZTEN ABGEORDNETEN IN DEN KOMMUNALPARLAMENTEN DER PRÄFEKTUREN TÔKYÔ UND KANAGAWA IM JAHR 2003

	Tôkyô		Kanagawa	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Geschlecht				
weiblich	53	100	68	100
männlich	0	0	0	0
Alter	Anzahl	in %	Anzahl	in %
20-29	2	3.8	0	0
30-39	5	9.4	5	7.4
40-49	29	54.7	44	64.7
50-59	17	32.1	19	27.9
60-69	0	0	0	0
N=	53	100.0	68	100.0

²⁰ Im Jahre 2001 nahmen lediglich 48,5% der Absolventinnen von Oberschulen eine Hochschul- oder College-Ausbildung auf. Eigene Berechnung nach *Japan Almanac 2003*: 228.

Schulbildung	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Universität	26	49.1	25	36.8
Kurzzeituniversität	10	18.9	19	27.9
Oberschule	9	17.0	10	14.7
Andere	8	15.1	14	20.6
N=	53	100.0	68	100.0
Letzte Tätigkeit vor der ersten Wahl*	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Funktionärstätigkeit in den Netzwerken	-	60	-	-
Funktionärstätigkeit in der SCCU ¹	-	41	-	-
Tätigkeit in Bürgerbewegungen/ NPOs	-	15	-	-
Tätigkeit in Unternehmen u. ä	-	13	-	-
Tätigkeit in den Arbeiterkollektiven	-	5	-	-
Tätigkeit in PTAs ²	-	2	-	-
Erfahrungen in*	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Funktionärstätigkeiten der Netzwerke	-	73	-	-
Funktionärstätigkeiten der SCCU	-	66	-	-
Bürgerbewegungen/ NPOs	-	47	-	-
PTA u. a. Elternvereinigungen	-	34	-	-
Arbeiterkollektiven	-	9	-	-

Quelle: Tsubogô 2003: 220.

Anm.: * Mehrfachnennungen möglich. ¹ SCCU: *Seikatsu Club Consumers Cooperative Union*. ²PTA: Parent-Teacher Association.

Auch hinsichtlich der über den gesamten Karriereverlauf akkumulierten Erfahrungen spielen Tätigkeiten in den Kollektiven keine nennenswerte Rolle. Zwei Drittel der Personen hatte jedoch im Verlauf der Karriere mindestens einmal einen Funktionärsposten in den Netzwerken inne und immerhin fast 50% verfügten über Erfahrungen in Bürgerbewegungen und NGOs. Auch wenn man davon absehen muß, aus dem begrenzten Datenmaterial kategorische Schlußfolgerungen zu ziehen, lassen sich doch bereits Karrierepfade der Kandidaten erkennen, die durch die Netzwerke bzw. SCCU eröffnet werden.

4.5 Die Rolle der Netzwerke

Die Bürgernetzwerke bieten durch die Aufstellung weiblicher Kandidaten Frauen die Möglichkeit zur politischen Beteiligung und leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur Erhöhung des Frauenanteils unter den Abgeordneten der subnationalen Parlamente.

Traditionell ist der Frauenanteil in den japanischen Parlamenten äußerst niedrig: so lag er im Unterhaus nach der Wahl des Jahres 2000 lediglich bei 5% und war damit der niedrigste unter den G8-Staaten. In der Rangliste der Interparlamentarischen Union rangierte Japan in diesem Jahr hinsichtlich des Frauenanteils in den Parlamenten lediglich auf Platz 104 (Yoshino/ Imamura 2001: 156). Besonders niedrig liegt der Frauenanteil mit weniger als 4% unter den Abgeordneten der konservativen Regierungspartei LDP (vgl. Tab. 1).

Neben der Kommunistischen Partei Japans, die bereits seit den späten 60er Jahren aktiv für die Kandidatur von Frauen eintritt, stellen die Netzwerke bei den Wahlen zu den Lokal- und Präfekturparlamenten die bei weitem größte Zahl sowohl an weiblichen Kandidaten als auch an erfolgreichen Bewerberinnen. Im Falle der Wahlen zu den Versammlungen der per Regierungsbeschluß ausgewählten größten Städte des Jahres 1999 lag der Anteil der Mitglieder der Netzwerke unter der Gesamtzahl der Kandidatinnen bei gut 20%, unter den Gewählten bei knapp 19%. Im Vergleich hierzu lag der Prozentsatz der Mitglieder der größten Oppositionspartei DPJ unter den Kandidatinnen bei lediglich 10%, jener der erfolgreichen Bewerberinnen bei knapp 13% (vgl. Tab. 4). Zwar schließen die Richtlinien der Netzwerke eine Kandidatur männlicher Bewerber nicht grundsätzlich aus, doch sind bislang alle ihre Abgeordneten weiblichen Geschlechts gewesen.

Die verstärkte Partizipation von Frauen am politischen Prozeß entspricht durchaus einer neuen Werteorientierung und den Veränderungen im Geschlechterrollenverständnis japanischer Frauen, deren Alltagsleben nach wie vor von einer traditionellen geschlechterspezifischen Rollenzuweisung geprägt ist. Indikatoren für diesen Wertewandel sind ein zunehmendes Heiratsalter und eine erheblich gesunkene Geburtenrate sowie eine zunehmende Partizipation der Frauen am Erwerbsleben (Schmidt 2005b: 78).

Neben dem Aspekt der Unterstützung der Kandidatur von Frauen auf der subnationalen Ebene beteiligen sich die Netzwerke auch aktiv an der Ausarbeitung kommunaler Verordnungsentwürfe in Politikbereichen wie Lebensmittelsicherheit, Recycling, Umweltschutz, Altenpflege, Rechte der Kinder, Stadterneuerung oder Gleichberechtigung der Geschlechter, um Einfluß auf den kommunalen Willensbildungsprozeß zu nehmen.

Durch die Dezentralisierungsreform des Jahres 2000 haben sich die Möglichkeiten für eine Beteiligung an diesem Prozeß deutlich verbessert, da nunmehr den Kommunen

mehr Autonomie in Politik und Verwaltung in bürgernahen Bereichen zugestanden wird. Im Jahre 2004 wurde in der Stadt Koganei in der Präfektur Tôkyô erstmals eine von den Netzwerken initiierte Verordnung zur Erhaltung des Grundwassers verabschiedet (Tôkyô seikatsusha nettowâku 2004: 36).

TABELLE 4: ÜBERSICHT ÜBER KANDIDATINNEN UND ERFOLGREICHE BEWERBERINNEN BEI DEN WAHLEN ZU DEN STADTVERSAMMLUNGEN DER PER REGIERUNGSBESCHLUß AUSGEWÄHLTEN GRÖßTEN STÄDTE 1999 NACH PARTEIZUGEHÖRIGKEIT

Partei	Wahlen zu den Stadtversammlungen der per Regierungsbeschluß ausgewählten Städte	
	Kandidatinnen	Gewählte
KPJ	61 (36,1)	45 (38,5)
Netzwerke	34 (20,1)	22 (18,8)
Parteilose	22 (13,0)	8 (6,8)
<i>Kômeitô</i>	19 (11,2)	18 (15,4)
DSP	17 (10,1)	15 (12,8)
LDP	9 (5,3)	5 (4,3)
SDPJ/ Neue Sozialistische Partei*	5 (3,0)	4 (3,4)
Andere	2 (1,2)	- (-)
N=	169 (100)	117 (100)

Anm. Angaben in Personen. ()= % der Kandidatinnen und erfolgreichen Bewerberinnen. * Gegr. Anfang März 1996; linke Abspaltung der SDPJ. Die Partei blieb unbedeutend.

Quelle: Yoshino/ Imamura (2001): 160.

5. Fazit: Möglichkeiten und Perspektiven einer bürgernahen „neuen Politik“

In einer für Genossenschaften typischen Zielsetzung erstrebten auch die japanischen Verbraucherkooperativen SCCU, aus denen die politischen Netzwerke entstanden, ursprünglich die Organisation des genossenschaftlichen Einkaufs und der Distribution von Waren auf der Basis von Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung.

Seit der Gründung der Arbeiterkollektive umfassen ihre Angebote jedoch hierüber hinausgehende Dienstleistungen, insbesondere im Bereich der sozialen Wohlfahrt und Erziehung. Diese Ausdifferenzierung der Aktivitäten und der Leistungspalette sowie die Schaffung von eigenen politischen Vertretungen unterscheidet SCCU inzwischen deutlich von Genossenschaften klassischen Stils.

Bemerkenswert ist vor allem die Tatsache, daß sowohl die Zahl der Mitglieder von SCCU als auch die der netzwerkgestützten Abgeordneten kontinuierlich ansteigt, wohingegen Zahl und Bedeutung der Genossenschaften in westlichen Industriestaaten seit Jahrzehnten stetig im Schwinden begriffen sind. Die Mitgliederstärke von SCCU übertrifft gegenwärtig bereits die der größten Oppositionspartei, wobei berücksichtigt werden muß, daß die Mitglieder des Zentralverbandes der Verbraucherkooperativen ein erhebliches Rekrutierungsreservoir bilden, welches ein weiteres Wachstum wahrscheinlich erscheinen läßt.

Die im landesweiten Durchschnitt weiterhin relativ schwache Präsenz der Netzwerke in den Versammlungen auf subnationaler Ebene erklärt sich vorwiegend aus der Tatsache, daß die Netzwerke bislang noch nicht in allen Wahlkreisen kandidieren; beachtlich ist jedoch, daß sie dort, wo sie antraten, bis zu 12% der Mandate erringen konnten.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt beschränken sich die sozialen und politischen Aktivitäten der Netzwerke zwar größtenteils noch auf urbane Zentren, doch sind die Grundsteine für ein landesweites Netzwerk bereits gelegt.

Wie gezeigt werden konnte, fiel die Entstehung der politischen Netzwerke in eine Zeit zunehmender Politikverdrossenheit und eines fortschreitenden Verlustes des Vertrauens in das politische System, seine Funktionsfähigkeit und demokratischen Kontrollmechanismen; die zunehmende Tendenz zur Eigeninitiative kann als Reaktion auf diese Prozesse aufgefaßt werden. Die große Zahl der Nichtunterstützer politischer Parteien bildet daher ein erhebliches Wählerpotential für die Netzwerke, dessen Erschließung von zukunftsweisender Bedeutung sein könnte.

Hervorzuheben ist der Aspekt der Rekrutierung von weiblichen Kandidaten, die bislang sowohl auf nationaler als auch auf subnationaler Ebene nur schwach vertreten waren. Die Partizipation von Frauen in den lokalen Netzwerken erscheint als wichtiger Schritt hin zu einer proportionalen Repräsentation von weiblichen Abgeordneten im politischen Prozeß und könnte damit einen bedeutenden Beitrag zur Erhöhung der Legitimität des politischen Systems in Japan leisten. Die Etablierung parteiinterner Karrierepfade bildet hierbei eine wichtige Voraussetzung für einen weiteren Anstieg der Zahl der Mandatsträgerinnen.

Auf der kommunalen Ebene leisten die Netzwerke – und insbesondere auch die Arbeiterkollektive – vor dem Hintergrund der Krise des Sozial- und Wohlfahrtsstaates

und der Finanzknappheit der Kommunen durch Dienstleistungen im Bereich der sozialen Wohlfahrt einen wichtigen Beitrag zur Problemlösung. Zudem erscheint das basisdemokratische Engagement der Mitglieder äußerst bemerkenswert in einer Gesellschaft, die gekennzeichnet ist durch streng hierarchische Über- und Unterordnungsbeziehungen. Langfristig könnte es zum Aufbrechen von immer noch persistenten traditionellen Strukturen beitragen.

Die von den politischen Netzwerken vertretenen Ziele einer bürgernahen „neuen Politik“ bieten eine klare Alternative zu den etablierten Parteien, deren Programme sich nur unwesentlich voneinander unterscheiden.

Die Tatsache, daß die Netzwerke landesweite Strukturen aufgebaut haben und zunehmend auch Abgeordnete in den Präfekturparlamenten stellen, insbesondere im Präfekturparlament von Tôkyô, verdeutlicht ihren Anspruch, auf überlokaler Ebene eine bürgernahe Politik in Japan zu etablieren. Eine wichtige Frage, die sich in einem größeren perspektivischen Rahmen stellt, ist daher, ob aus den Netzwerken eine politische Kraft entstehen kann, die sich dauerhaft im politischen System etabliert und eine neue Form der politischen Organisation darstellt, die anstelle der herkömmlichen Parteien treten kann.

Die Zukunft wird zeigen, ob dies möglich ist, ohne daß die Netzwerke einen Institutionalisierungsprozeß durchlaufen, mit dem die Aufgabe wesentlicher Prinzipien einhergeht, wie des Rotationsprinzips, der dezentralen Strukturierung und der Förderung weiblicher Kandidaten.

Eine Kandidatur auf nationaler Ebene wird von dem bei Unterhauswahlen praktizierten Wahlsystem durchaus begünstigt, da die Mehrheit der Mandate in Einerwahlkreisen vergeben werden und der Wahlerfolg in entscheidender Weise von der lokalen Organisation und Mobilisierung der Wählerschaft abhängt. Von jeher sind japanische Parteien auf lokaler Ebene nur schwach organisiert; der Wahlerfolg gründet im wesentlichen auf persönlichen Unterstützerguppen der Kandidaten, die keine feste Bindung zur jeweiligen Partei aufweisen. Die lokale Verankerung der Netzwerke könnte daher im Falle einer Kandidatur bei nationalen Wahlen ein positiver Faktor von großer Bedeutung sein. Darüber hinaus wäre eine Ausweitung der Wählerschaft der Netzwerke über die Mitglieder von SCCU hinaus auf andere Organisationen – wie NPOs und Bürgergruppen oder andere Genossenschaften – in diesem Zusammenhang von elementarer Wichtigkeit.

Abschließend bleibt festzuhalten, daß diese neue Form von genossenschaftlicher Aktivität als Gegenprinzip zu den traditionellen Über- und Unterordnungsverhältnissen, der Machtzentralisierung durch die konservative LDP und der Privatisierung staatlicher Wohlfahrtsleistungen zu verstehen ist. Als politische Organisationsform stellen die Netzwerke eine Alternative zu den herkömmlichen zentralisierten und bürokratisierten Parteien dar, die auch für andere hochentwickelte Dienstleistungsgesellschaften modellhaften Charakter besitzen und der anhaltenden Legitimitätskrise der politischen Systeme entgegen wirken könnte.

Literaturverzeichnis

- Abe, Hitoshi/ Muneyuki Shindô/ Sadafumi Kawato (1994): *The Government and Politics of Japan*. Tôkyô: University of Tôkyô Press. Originalausgabe: *Gaisetsu gendai Nihon no seiji*. Übers. von James W. White. Tôkyô: University of Tôkyô Press, 1990.
- Akarui senkyo suishin kyôkai, Hg. (2001): *Dai yonjûnikai shûgiin sôsenkyo no jittai – chôsa kekka no gaiyô* [Die aktuelle Situation nach der 42. Allgemeinen Wahl zum Unterhaus: Überblick über die Umfrageergebnisse]. Tôkyô.
- Akarui senkyo suishin kyôkai, Hg. (2004): *Tôitsu chihô senkyo no jittai– chôsa kekka no gaiyô* [Die aktuelle Situation nach den Allgemeinen Präfektur- und Kommunalwahlen: Überblick über die Umfrageergebnisse]. Tôkyô.
- Asahi shinbun sha, Hg (2000): *Asahi kîwâdo seiji, kenpô* [Asahi Schlüsselbegriffe Politik, Verfassung]: Tôkyô: Asahi shinbun.
- Democratic Party of Japan, Hg. (2001), *Our Basic Philosophy. Building a Free and Secure Society*, http://www.dpj.or.jp/english/about_us/philosophy.html, Aufruf am 01.04. 2004
- Flanagan, Scott C./ Steven R. Reed (1996): „Politics in Japan“. In: *Comparative Politics Today*. Hg.: Gabriel Almond and G. Bingham Powell Jr. New York: Harper Collins, 6. Aufl.: S. 327-379.
- Hildebrandt, Kai und Russell S. Dalton (1977): „Die neue Politik: Politischer Wandel oder Schönwetterpolitik“. In: *Politische Vierteljahresschrift* (November 1977): S. 230-256.
- Hirashima, Kenji (2005): „Die Reformpolitik in Japan und Deutschland im Vergleich“. In: *Veröffentlichungen der Forschungsstelle Japan* 16: 5-19.
- Holtmann, Everhard (2002): „Parteien und Wählergruppen in der Bundesrepublik“. In: *Parteiendemokratie in Deutschland*. Hg.: Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer und Richard Stöss. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung: S. 406-427.
- Japan Almanac 2003* (2002). Tôkyô: Asahi shinbun sha.
- Kawanishi, Hirosuke (1989a): „Theoretische und historische Grundlagen“. In: *Japan im Umbruch*. Hg.: Ders. Aus dem Japanischen von Uwe Hohmann, Andreas Pingel und Christoph Törring; unter Leitung von Wolfgang Seifert. Köln: Bund-Verlag: S. 19-36. Jap.

- Originalausgabe: *Sengo Nihon no sôgi to ningen*. Tôkyô: Nihon Hyôronsha Publishers, 1986.
- Köllner, Patrick (1998b): „Drei Jahre nach den politischen Reformen - Eine Zwischenbilanz Teil 1: Das Wahlgesetz und seine Auswirkungen“. In: *Japan aktuell* 4: S. 167-177.
- Krauss, Ellis S./ Bradford L. Simcock. (1980): „Citizens' Movements: The Growth and Impact of Environmental Protest in Japan“. In: *Political Opposition and Local Politics in Japan*. Hg.: Kurt Steiner, Ellis S. Krauss und Scott C. Flanagan. Princeton: Princeton University Press: S. 187-227.
- MacDougall, Terry Edward (1980): „Political Opposition and Big City Elections“. In: *Political Opposition and Local Politics in Japan*. Hg.: Kurt Steiner, Ellis S. Krauss und Scott C. Flanagan. Princeton: Princeton University Press: S. 55-94.
- Matsushita Keiichi (2002): „Shimin bunka no kanôsei to jichi“ [Selbstverwaltung und die Möglichkeit einer Bürgerkultur]. In: *Jichitai no kôzô* 5 [Der Aufbau der Selbstverwaltung 5]. Hg.: Matsushita Keiichi, Nishio Masaru und Shindô Muneyuki. Tôkyô: Iwanami shoten: S. 1-22.
- McKean, Margret (1981): *Environmental Protest and Citizen Politics in Japan*. Berkeley, Los Angeles und London: University of California Press.
- Moen, Darrell Gene (2000): „Grassroots-Based Organic Food Distributors, Retailers, and Consumer Cooperatives in Japan: Broadening the Organic Farming Movement“. In: *Hitotsubashi Journal of Social Studies* 32: S. 55-76.
- Nihon tôkei nenkan* [Statistical Yearbook of Japan] (verschiedene Jahrgänge). Tôkyô: Sômushô tôkei kyoku.
- Nishio Masaru (1999): *Mikan no bunken kaikaku* [Die unvollständige Dezentralisierungsreform]. Tôkyô: Iwanami shoten.
- Pohl, Manfred (1991): *Japan*. München: Beck.
- Schmidt, Carmen (2001): *Sozialstruktur und politisches System in Japan: Gesellschaftliche Konfliktlinien, politische Repräsentation und die Formierung der Wählerschaft*. Marburg: Tectum.
- Schmidt, Carmen (2003): „Social Cleavages, Voter Alignment, and Dealignment in Japan“. In: *Hitotsubashi Journal of Social Studies* 35: S. 63-77.
- Schmidt, Carmen (2005a): „Die Verdrossenheit wächst: Japans politisches System in der Legitimitätskrise?“. In: *Japan aktuell* 1: S. 26-35.
- Schmidt, Carmen (2005b): *Japans Zirkel der Macht: Legitimation und Integration einer nationalen Elite*. Marburg: Tectum.
- Seifert, Wolfgang (1997): *Gewerkschaften in der japanischen Politik von 1970-1990 - der dritte Partner?* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Seikai kanchô jinji roku* [Personenverzeichnis für Politik und Verwaltung] (2003). Tôkyô: Tôyô keizai shinpô sha.

- Seikatsu Club, Hg. (2004): *Outline of Seikatsu Club*. S. 1-17.
www.seikatsuclub.coop/english/index.html (Aufruf am 28.04.2005)
- Steiner, Kurt (1980): „Progressive Local Administrations: Local Public Policy and Local-National Relations“. In: *Political Opposition and Local Politics in Japan*. Hg.: Kurt Steiner, Ellis S. Krauss und Scott C. Flanagan. Princeton: Princeton University Press: S. 317-352.
- Stockwin, J. A. A. (2003): *Dictionary of the Modern Politics of Japan*. London und New York: Routledge Curzon.
- The International Society for Educational Information, Hg.: *Die Japanische Verfassung*. Code No. 05202-0388.
- Tôkyô seikatsusha nettowâku, Hg. (2004): *Tôsei o kaeru* [Die Politik in Tôkyô verändern]. Tôkyô: Tôkyô seikatsusha nettowâku 2005 nenpan.
- Tsubogô Minoru (2003): „Chiiki seiji no kanôsei“ [Die Möglichkeiten einer Politik auf subnationaler Ebene]. In: *Atarashii kôkyô kûkan o tsukuru* [Neuen öffentlichen Freiraum schaffen]. Hg.: Tsubogô Minoru. Tôkyô: Nihon hyôron sha: S. 208-236.
- Yomiuri online (2004): *Sôsenkyo 2003* [Die Unterhauswahl 2003]. www.yomiuri.co.jp/election/general2003/news/2html, Aufruf am 28.5.2004): S. 1-2.
- Yomiuri nenkan 2003*. Tôkyô: Yomiuri shinbun sha.
- Yoshino Takashi/ Imamura Hiroshi (2001): “Nihon – yôyaku hajimatta josei no seiji shinshutsu“ [Endlich: Japans Frauen auf dem Weg in die Politik]. In: *Dare ga seijika ni naru no ka* [Wer wird Politiker?]. Hg.: Yoshino Takashi/ Imamura Hiroshi/ Tanifuji Etsushi. Tôkyô: Waseda daigaku shuppanbu: S. 147-177.

Anhang

TABELLE A1: VERTEILUNG DER NETZWERKGESTÜTZTEN ABGEORDNETEN IN DEN KOMMUNALVERSAMMLUNGEN DER PRÄFEKTUR TÔKYÔ

Name des Stadtbezirks/ der Kommune		Abgeordnete		
		Gesamt	Netzwerke	in %
千代田区	Chiyoda-ku	25	0	0
中央区	Chûô-ku	30	0	0
港区	Minato-ku	34	0	0
新宿区	Shinjuku-ku	38	0	0
文京区	Bunkyo-ku	34	0	0
台東区	Taitô-ku	32	0	0
墨田区	Sumida-ku	34	0	0
江東区	Kôtô-ku	44	1	2.3
品川区	Shinagawa-ku	42	2	4.8
目黒区	Meguro-ku	36	1	2.8
大田区	Ôta-ku	50	2	4.0
世田谷区	Setagaya-ku	52	5	9.6
渋谷区	Shibuya-ku	34	0	0
中野区	Nakano-ku	42	0	0
杉並区	Suginami-ku	48	2	4.2
豊島区	Toshima-ku	38	0	0
北区	Kita-ku	44	1	2.3
荒川区	Arakawa-ku	32	0	0
板橋区	Itabashi-ku	50	1	2.0
練馬区	Nerima-ku	50	4	8.0
足立区	Adachi-ku	50	0	0.0
葛飾区	Katsushika-ku	40	2	5.0
江戸川区	Edogawa-ku	46	0	0
八王子市	Hachiôji-shi	40	2	5.0
立川市	Tachikawa-shi	32	1	3.1

武蔵野市	Musashino-shi	30	1	3.3
三鷹市	Mitaka-Shi	28	0	0.0
青梅市	Ôme-shi	28	1	3.6
府中市	Fuchû-shi	30	2	6.7
昭島市	Akishima-shi	24	1	4.2
調布市	Chôfu-shi	28	1	3.6
町田市	Machida-shi	36	2	5.6
小金井市	Koganei-shi	24	2	8.3
小平市	Kodaira-shi	28	2	7.1
日野市	Hino-shi	26	2	7.7
東村山市	Higashimurayama-shi	26	2	7.7
国分寺市	Kokubunji-shi	26	3	11.5
国立市	Kunitachi-shi	24	2	8.3
福生市	Fussa-shi	22	1	4.5
狛江市	Komae-shi	23	2	8.7
東大和市	Higashiyamato-shi	22	1	4.5
清瀬市	Kiyose-shi	22	1	4.5
東久留米市	Higashikurume-shi	24	0	0
武蔵村山市	Musahshimurayama-shi	21	0	0
多摩市	Tama-shi	26	2	7.7
稲城市	Inagi-shi	22	1	4.5
羽村市	Hamura-shi	20	0	0
あきる野市	Akiruno-shi	24	0	0
西東京市	Nishitôkyô-shi	30	3	10.0
瑞穂町	Mizuho-machi	18	0	0
日の出町	Hinode-machi	16	0	0
檜原村	Hinohara-mura	12	0	0
奥多摩町	Okutama-machi	14	0	0
大島町	Ôshima-machi	16	0	0
利島村	Toshima-machi	6	0	0
新島村	Nijjima-mura	12	0	0

神津島村	Kôzushima-mura	10	0	0
三宅村	Miyakejima-mura	10	0	0
御蔵島村	Mikurajima-mura	6	0	0
八丈町	Hachijô-machi	16	0	0
青ヶ島村	Aogashima-mura	6	0	0
小笠原村	Ogasawara-mura	8	0	0
Gesamtzahl N=		1761	56	3.2

Quelle: Netzwerkabgeordnete: [www.seikatsushanet/local/main.html\(21.2.2005\)](http://www.seikatsushanet/local/main.html(21.2.2005)); Gesamt: [www.東京都選挙管理委員会 都内選挙スケジュール 任期満了日\(定数\)一覧.htm \(30.4.2005\)](http://www.東京都選挙管理委員会 都内選挙スケジュール 任期満了日(定数)一覧.htm (30.4.2005)). Prozentzahlen: Eigene Berechnung

TABELLE A2: VERTEILUNG DER NETZWERKABGEORDNETEN IN DEN SUBNATIONALEN PARLAMENTEN NACH JAHR UND PRÄFEKTUR

Jahr	Tôkyô			Kanagawa			Chiba		
	gewählt	Amtsinhaber	N=	gewählt	Amtsinhaber	N=	gewählt	Amtsinhaber	N=
1987	13	3 (1)	16	14 (9)	-	14	-	-	-
1991	22	8 (1)	30	18 (1)	7	25	6	3	9
1995	39	10 (3)	49	29 (4)	9	38	9	4	13
1999	45 (1)	12 (2)	57	28 (4)	11	39	12 (1)	4	16
2003	47	16 (6)	63	28 (3)	14	42	17 (2)	6	23
Jahr	Saitama			Hokkaidô			Iwate		
	gewählt	Amtsinhaber	N=	gewählt	Amtsinhaber	N=	gewählt	Amtsinhaber	N=
1987	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1991	1	0	1	3	0	3	-	-	-
1995	1	0	1	5	0	5	1	0	1
1999	4	2	6	5	0	5	1	0	1
2003	3	3	6	6	0	6	1	0	1
Jahr	Nagano			Fukuoka			Gesamt		
	gewählt	Amtsinhaber	N=	gewählt	Amtsinhaber	N=	gewählt	Amtsinhaber	N=
1987	-	-	-	-	-	-	27 (9)	3 (1)	30 (10)
1991	1	0	1	4	2	6	55 (1)	20 (1)	75 (2)
1995	2	0	2	6	2	8	92 (4)	25 (3)	117 (7)
1999	3	0	3	7	0	7	105 (6)	29 (2)	134 (8)
2003	2	0	2	6	4	10	110 (5)	43 (6)	153 (11)

Quelle: Tsubogô 2003: 216.

Anm.: Die Zahlen in () geben den Anteil der Mandatsträger in den Präfekturparlamenten wieder. Zumeist finden die Wahlen zeitgleich alle 4 Jahre statt. Da die Möglichkeit zur Auflösung eines Parlamentes besteht, ergeben sich Ausnahmen von dieser Regel, woraus sich die Zahl der Amtsinhaber ergibt. So fanden beispielsweise die Wahlen zum Präfekturparlament von Tôkyô zeitversetzt 1985, 1998, 1993, 1997 und 2001 statt.

TABELLE A3: VERTEILUNG DER ABGEORDNETEN IM PRÄFEKTURPARLAMENT VON TÔKYÔ NACH PARTEIZUGEHÖRIGKEIT UND GESCHLECHT (2005)

Partei	Gesamt		davon Frauen	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
<i>LDP</i>	51	43.2	3	5.9
<i>Kômeitô</i>	21	17.8	1	4.8
<i>DPJ</i>	20	16.9	3	15.0
<i>KPJ</i>	15	12.7	5	33.3
<i>Bürgernetzwerke</i>	6	5.1	6	100.0
<i>Unabhängige</i>	5	4.2	2	40.0
N=	118	100.0	20	16.9

Stand: 24.1.2005

Quelle: www.gikai.metro.tokyo.jp/b19c8303.htm (Aufruf am 1.2.2005)

TABELLE A4: MITGLIEDERZAHLEN DER SEIKATSU-KLUB VERBRAUCHERKOOPERATIVEN NACH PRÄFEKTUR 1983-2003

Jahr	Gesamt	Tôkyô	Kanagawa	Chiba	Saitama	Hokkaidô	Nagano	Iwate	Fukuoka
1983	116.241	42.072	36.930	13.107	15.747	3.910	4.475	-	-
1987	148.645	50.095	46.432	18.261	17.910	8.200	6.667	1.080	-
1991	179.778	55.504	50.613	24.989	24.115	11.978	10.726	1.853	-
1995	189.507	56.383	48.175	30.958	25.209	12.835	13.599	2.348	-
1999	183.083	50.335	45.383	33.409	22.737	13.851	15.289	2.079	-
2003	339.775	57.442	64.245	36.791	25.025	12.649	14.963	1.886	126.774

Quelle: Tsubogô 2003: 219.

Glossar der japanischen Begriffe

<i>bunken</i>	分権	Dezentralisierung
<i>chôgikai</i>	町議会	Stadtparlament, Stadtversammlung, Stadtrat, Gemeinderat, Kommunalparlament (e-r (Klein-) Stadt)
<i>Chihô jichi hô</i>	地方自治法	Gesetz zur lokalen Selbstverwaltung der Gebiets-körperschaften (von 1947)
<i>Chihô kômuin hô</i>	地方公務員法	Lokales Beamten-gesetz (von 1950)
<i>dairinin undô</i>	代理人運動	Bewegung für e-e politische Repräsentation (hier: der Netzwerke)
<i>Gurûpu seikatsusha</i>	グループ生活者	Gruppe der Bürger (Netzwerkorganisation in Tôkyô)
<i>gyôseiku</i>	行政区	Verwaltungsbezirk (Stadtbezirke der per Regierungsbeschluss ausgewählten Städte)
<i>jichitai</i>	自治体	Gebietskörperschaft
<i>jôge shujû</i>	上下主従	einseitiges Abhängigkeitsverhältnis (hier: zwischen Zentralstaat und Gebietskörperschaften)
<i>jôrei</i>	条例	Erlasse <Vorschriften> der Gebietskörperschaften
<i>ken</i>	県	Präfektur
<i>kokkai giin</i>	国会議院	(nationales) Parlament
<i>Kôshoku senkyo hô</i>	公職選挙法	Wahlgesetz, Gesetz über Wahlen zu öffentlichen Positionen (von 1950)
<i>kikan i'nin jimû</i>	機関委任事務	staatliches Weisungsprinzip
<i>kuchô</i>	区長	Bürgermeister e-r der 23 Stadtbezirke von Tôkyô
<i>kugikai</i>	区議会	die Stadtbezirksversammlung (e-r der 23 Stadtbezirke von Tôkyô)
<i>Nettowâku</i>	ネットワーク	Netzwerk (Netzwerkorganisation in Kanagawa)
<i>Nihon seikatsu kyôdô kumiai rengôkai</i>	日本生活協同組合連合会	Japanischer Verband der Konsumentenkooperativen (Zentralverband der

<i>kurz:</i> <i>Nisseikyô</i>	日生協	Konsumentenkooperativen Seikyô)
<i>rôkaru pâti</i>	ローカル・パーティ	lokale Partei
<i>rôtêshon seido</i>	ローテーション制度	Rotationsprinzip
<i>sangiin</i>	参議院	Oberhaus
<i>sanka</i>	参加	(politische) Beteiligung
<i>Seikatsu kurabu seikyô</i>	生活クラブ生協	Seikatsu Klub Verbraucherkooperative
<i>Seikatsu kurabu seikyô rengôkai</i>	生活クラブ生協連合会	Verbund der Seikatsu Klub Verbraucherkooperativen (auf präfekturaler Ebene)
<i>Seikatsusha nettowâku</i>	生活者ネットワーク	Bürgernetzwerke
<i>seikatsusha no seiji</i>	生活者の政治	bürgernahe Politik
<i>Seikyô</i> <i>Kürzel f.</i> <i>Shôhi seikatsu kyôdô kumiai</i> bzw. <i>Seikatsu kyôdô kumiai</i>	生協 消費生活協同組合 生活協同組合	Konsumentenkooperative
<i>Seikyôhō</i> <i>Abk. f. Shôhi seikatsu kyôdô kumiai hō</i>	生協法 消費生活協同組合法	Gesetz zu den Konsumentenkooperativen (von 1948)
<i>seirei shitei toshi</i>	政令指定都市	die per Regierungsbeschluß ausgewählten Städte (grundsätzlich die nach Tôkyô größten Städte)
<i>seitô shiji nashi sô</i>	「政党支持なし」層	Nichtunterstützerschicht (politischer Parteien)
<i>shichôson gikai</i>	市町村議会	die Kommunalparlamente (von Großstädten (<i>shi</i>), (Klein-) Städten (<i>chô</i>) und Dörfern (<i>son</i>))
<i>shigikai</i>	市議会	das Stadtparlament, die Stadtversammlung, der Stadtrat (e-r Großstadt ab 50.00 Ew.)
<i>shimin jichi</i>	市民自治	Selbstverwaltung der Bürger
<i>shûgiin</i>	衆議院	Unterhaus
<i>songikai</i>	村議会	Gemeinderat, Kommunalparlament (e-s Dorfes, e-r kleineren Kommune)

		<Gemeinde>
<i>taitô kyôryoku</i>	対等協力	gleichberechtigtes, kooperatives Verhältnis (hier: zwischen Zentralstaat und Gebietskörperschaften)
<i>todôfuken gikai</i>	都道府県議会	Präfekturparlamente <Präfekturversammlungen> (von Tôkyô (<i>to</i>), Hokkaidô (<i>dô</i>), Ôsaka und Kyôto (<i>fu</i>) sowie der übrigen Präfekturen (<i>ken</i>))
<i>wâkâsu korekutibu</i>	ワークス・コレティブ	Arbeiterkollektive

Publikationen

Die Publikationen der Forschungsstelle, die unterschiedliche Aspekte der japanischen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft behandeln, sind über die Forschungsstelle zu beziehen und im Internet abrufbar unter:

<http://www.fsjapan.uni-osnabrueck.de>

Liste der Veröffentlichungen der Forschungsstelle Japan

Nr.	AUTOR	TITEL
1	Kiyoko Sakamoto	<i>Einheimische und Fremde in Japan</i>
2	Rüdiger Kühn	<i>Japan's ecopolitical ODA</i>
3	Rüdiger Kühn	<i>Tokyos Müllmanagement in Zeiten zunehmender Raumnot</i>
4	Rüdiger Kühn	<i>Japans umweltpolitische Entwicklungshilfe durch den Transfer von Umwelttechnologie</i>
5	Rüdiger Kühn	<i>Household waste in Tokyo</i>
6	György Széll	<i>Unternehmenserfolg durch Umweltschutz</i>
7	Kotaro Oshige	<i>Convergence of the interest representation systems in advanced countries?</i>
8	Narihiko Ito	<i>Die japanische Gesellschaft - Kontinuität und Wandel</i>
9	Frank Westerhoff	<i>Japan in der Krise</i>
10	György Széll	<i>Globalisation in East Asia - A View from Europe</i>
11	György Széll	<i>Japanese Joint Ventures in China – some preliminary findings of a research project</i>
12	György Széll	<i>Deutsch-japanische wissenschaftliche Zusammenarbeit im Zeitalter der Globalisierung – Hat die Debatte über die doppelte Staatsbürgerschaft in Deutschland und Europa Auswirkungen auf die Deutsch-Japanischen Beziehungen?</i>
13	Rüdiger Kühn	<i>Japan's Approach to becoming a Global Environmental Flagship - more Lip Service than Reality</i>
14	Narihiko Ito	<i>Japan und die friedliche Wiedervereinigung Koreas</i>
15	Yoshino Takashi/ Imamura Hiroshi	<i>Endlich – Japans Frauen auf dem Weg in die Politik</i>
16	Kenji Hirashima	<i>Die Reformpolitik in Japan und Deutschland im Vergleich</i>